

Bezugpreis: Vierteljährl. 9.- M., monatl. 3.- M. frei ins Haus, voranz zahlbar. Postbezug: Monatlich 4.- M., exkl. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmal Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Belgien, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Postzeitungs-Verzeichnisse.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 15. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 11753-54.

Einzelgenpreis:

Die schiefspaltigen Konvolutblätter kosten 1.20 M. „Kleine Einzelgen“, das fertige Blatt 50 Pf. (zuletzt 2 fertige Blätter). Jedes weitere Blatt 20 Pf. (zuletzt 20 Pf.). Jedes weitere Blatt 20 Pf. (zuletzt 20 Pf.). Jedes weitere Blatt 20 Pf. (zuletzt 20 Pf.).

Wiederaufnahme des Verkehrs.

Am Montagabend haben nochmals große Versammlungen der streikenden Straßenbahner stattgefunden, in denen beschlossen worden ist, den Straßenbahnverkehr ab heute, Dienstag, wieder aufzunehmen.

In dem Augenblick, in dem Deutschland, Oesterreich und andere Völker sich dem sozialistischen Joch zuwenden, bürgen die französischen Sozialisten nicht vor einer harten Stellungnahme zurückzuführen. Die Aussprache wurde hierauf auf Montag vormittag vertagt.

Das Schulkompromiß.

Nach mehrtägigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei kam über die strittigen Punkte, hinsichtlich Schule und Kirche, die in dem Verfassungsentwurf im Abschnitt über die Grundrechte und Grundpflichten enthalten sind, folgende neue Fassung zustande, die gemeinsam von beiden Parteien vertreten werden wird.

Neue Massenbewegungen in Italien.

Wegen den Versailler Frieden. Bern, 14. Juli. Laut „Avanti“ haben die Reformsozialisten die Teilnahme an dem Aufstand am 20. und 21. Juli beschlossen, ebenso der Katholische Gewerkschaftsbund, der nach Angabe seines Sekretariats 550 000 Mitglieder zählt, und der Katholische Eisenbahnerverband. Der Aufstand soll eine Protestkundgebung der Massen gegen den Versailler Frieden sein. Auch die Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten werden teilnehmen. „Secolo“ wendet sich scharf dagegen und wirft ihnen Pflichtvergessenheit vor. Er erklärt, daß die ganze Bewegung auf einen revolutionären Ausbruch hinauslaufe.

Englischer Protest gegen den Frieden.

Keine moralische Gültigkeit. Bern, 14. Juli. Das Zentralkomitee für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen, einer Zweigorganisation der Union of Democratic Control in London erläßt einen öffentlichen Protest gegen den Frieden, den Deutschland gegenmännertliche unterzeichnete. In dem Aufruf heißt es: Wir erklären feierlich, daß unser Gewissen sich kategorisch weigert, diesem Vertrag irgendwelche moralische Gültigkeit zuzuerkennen, und daß wir es als unsere Hauptaufgabe betrachten, diesen Vertrag durch einen Frieden zu ersetzen, der den Wünschen und Idealen der Völker entspricht. Dieser Standpunkt deckt sich vollkommen mit dem unseren und mit dem aller gerechtfertigten Weltbürger.

Die italienischen Sozialisten für die bolschewistische Internationale.

Bern, 14. Juli. Die in Rom tagende sozialistische Parteileitung hat zum 7. bis 10. September einen allgemeinen Parteitag nach Bologna einberufen, die von Amsterdam ausgehende Einladung zum Internationalen Sozialistenkongress in Luzern am 1. August aber abgelehnt, das Amsterdamer Reformprogramm verworfen und dem bereits im Februar in Mailand beschlossenen Beitritt zur dritten Internationale zugestimmt.

Wilsons Rede im Senat.

Eiertanz um das Nichtwert des Friedens. Amsterdam, 14. Juli. „Daily News“ vom 11. melden, daß Präsident Wilson in seiner Rede im Senat erklärte, die Tatsache, daß der Völkerbund der erste selbständige Teil des Friedensvertrages war, der ausgehandelt wurde und über den man sich einigte, während über alle anderen Teile noch beraten wurde, habe mitgeholfen, die Festlegung der übrigen Vertragsstücke leichter zu gestalten. Alle Bewandlungen jeglicher Art hätten im Wege gestanden, Versprechungen, die die Regierungen einander gemacht hätten zu den Zeiten, wo noch Nacht und Nebel verweht wurden und die Macht des Siegers schrankenlos war. Ebenso waren Verpflichtungen eingegangen worden, die Gebietsverteilungen und Ausbreitung der Souveränität bezweckten und nur zum Nutzen derjenigen zu sein schienen, die die Macht hatten, darauf zu bestehen, bei denen jedoch die Wünsche oder der Vorwitz der davon betroffenen Völker unberücksichtigt gelassen worden war. Es sei nicht leicht gewesen, die neuen Ideen auf die alten zu pflanzten und er (Wilson) befürchte, daß einige aus diesem Protophorgang entstandenen Früchte eine Zeitlang bitter schmecken würden. Mit sehr wenig Ausnahmen hätten jedoch die Männer, die mit den amerikanischen Delegierten um den Friedensstisch saßen, ebenso aufrichtig wie die Amerikaner gewünscht, sich von schlechten Einflüssen und ungeschicklichen Zwecken und dem entmenslichen Ehrgeiz, aus denen die dunklen Pläne Deutschlands entsprungen seien, loszumachen. Präsident Wilson versuchte dann, die Friedensbedingungen im einzelnen zu erklären, und seine Rede war fast ganz dem Völkerbund und der Isolierung Amerikas gewidmet. Er erklärte: „Es kann nicht die Rede davon sein, daß Amerika aufhört, eine Weltmacht zu sein. Es handelt sich nur darum, ob wir die moralische Führung, die uns angeboten wird, zurückweisen können, ob wir das Vertrauen der Welt annehmen oder verwerfen sollen. Der Krieg und die Friedenskonferenz haben diese Fragen schon beantwortet, und nur eine verheißene Aktion auf unserer Seite kann daran etwas ändern.“ Der Präsident erklärte, es sei unmöglich, die Interessen einer so großen Zahl von Nationen ohne zahlreiche kleinere Kompromisse ineinander anzuheften. Man habe die praktischen Möglichkeiten der internationalen Lage ins Auge gefaßt und sie als Tatsache behandeln müssen. Damit hat Wilson selbst das Urteil über den unglücklichen Versuch gesprochen, einseitig von oben her ein befriedigendes neues Weltbild zu konstruieren. Man hat sich durch Kompromisse nicht retten lassen. Wilson wird aus seiner politischen Praxis wissen, daß Kompromisse nichts anderes sind als taktische Notbehelfe. Sie vergeben alle mehr oder minder schnell. Sie wechseln wie Parlamentismehrheiten. Und darauf warten wir.

Bern, 14. Juli. In Rom blieben am Samstag wieder die meisten Läden geschlossen. Die Apotheken waren genötigt, Arzneimittel und Toilettegegenstände zu halben Preisen abzugeben, um Plünderungen zu vermeiden.

In Lucera (Apulien) kam es zu blutigen Zusammenstößen, die 6 Tote und 27 Verwundete forderten. Ueber die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt. Ritti richtete an die Präfekten einen Erlaß, der energische Maßnahmen zum Schutz der Ladengeschäfte und Warenvorräte gegen die Gewalttätigkeiten der Menge verlangt.

Die französischen Sozialisten gegen den Frieden.

Erlaß aus dem Regen in die Traufe. Versailles, 14. Juli. Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat in der gestrigen Nachmittagsitzung die Besprechung des Friedensvertrages begonnen. Lauter empfahl, gegenüber dem Friedensvertrag eine Stellung einzunehmen, die zwischen den verschiedenen Ansichten vermittelnde könne. Namens der Sozialdemokraten im Oberhaus verlas Grumbach eine Entschließung, die den Friedensvertrag von Versailles als im Widerspruch mit Wilsons Programm stehend bezeichnet und erklärt, der Vertrag sei in geheimen Beratungen, über die die öffentliche Meinung nicht unterrichtet worden sei, aufgestellt worden. In Frankreich sei der Vertrag, nachdem er in Deutschland längst bekannt geworden war, sogar vor dem Parlament geheim gehalten worden. Er verstoße gegen die von dem Internationalen Sozialistenkongress in Bern im Februar 1919 aufgestellten Bedingungen. Aus diesen Gründen verlangten die Sozialdemokraten im Oberhaus, daß die sozialistische Kammerfraktion, dem Vertrag ihre Zustimmung verweigere. Grumbach ging sodann zu einer scharfen Kritik der Art über, wie durch die Militärverwaltung im Elsaß regiert werde. Mittelfeld schloß sich Grumbachs Erklärung an; auch er protestierte gegen das verabschiedungswürdige Regime, das den Elässern durch die Militärbehörden aufzuzwingen werde. Bedouce (Toulouse) kritisierte den Friedensvertrag. Trotzdem will Bedouce nicht gegen den Friedensvertrag stimmen, sondern sich mit einem scharfen Protest begnügen, um eine spätere Revision sicherzustellen und sich der Zustimmung enthalten.

Russisches Mandat über die Dardanellen.

Das alte Rußland gibt Konstantinopel nicht auf. Kopenhagen, 14. Juli. (Eigene Drahtnachricht des „Vorwärts“.) Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ meldet, daß der frühere russische Ministerpräsident Fürst Swoff in einer Note an den Ratsmannerrat für Rußland das Mandat über die Dardanellen verlangt habe. Sollte es jedoch einer internationalen Kommission übertragen werden, die Türkei oder wenigstens Konstantinopel zu verwalten, so verlangt Fürst Swoff, daß Rußland verdrängt würde.

Artikel 143, Absatz 2 enthält folgende Fassung: Ob die Schulen innerhalb der Gemeinden für alle Bekenntnisse gemeinsam oder nach Bekenntnissen getrennt oder bekenntnisfrei (weltlich) sein sollen, entscheidet der Wille der Erziehungsberechtigten, soweit dies mit einem geordneten Schulbetrieb zu vereinigen ist. Das Nähere bestimmt ein baldigst zu erlassendes Reichsgesetz. Bis zum Erlaß des Gesetzes bleibt es bei den bestehenden Vorschriften.

Absatz 2 erhält folgende Fassung: Für den Zugang Unmittelbarer zu den mittleren und höheren Schulen sind durch Reich, Länder und Gemeinden öffentliche Mittel herbeizustellen, insbesondere Erziehungshilfen für die Eltern von Kindern, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.

Artikel 144 erhält folgenden Wortlaut: Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterliegen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Privatschulen in ihren Lehrplänen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückbleiben und im Falle der Erhebung von Schulgebühren auch minderbemittelten Volksschülern zugänglich gemacht werden.

Private Volksschulen sind nur zugelassen, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten, deren Wille nach Artikel 143, Absatz 2 zu berücksichtigen ist, eine öffentliche Volksschule ihres Bekenntnisses in der Gemeinde nicht besteht.

Private Vorschulen sind unzulässig. Artikel 145. In Absatz 1 ist nach „Tüchtigkeit“ einzufügen: „Arbeitsfreudigkeit“. In Absatz 2 ist nach „Standbürgerkunde“ einzufügen: „und Arbeitsunterricht“. Absatz 4 erhält folgenden Wortlaut: Das Volksschulwesen einschließlich der Volkshochschule soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden.

Artikel 146. In Absatz 1 werden im Satz 1 die Worte hinzugefügt: „mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen.“ Absatz 2 erhält folgende Fassung: Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Einrichtungen bleiben der Willensklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Religionslehren, an den kirchlichen Feiern und Handlungen der Willensklärung der Erziehungsberechtigten überlassen.“ Absatz 3 erhält folgenden Wortlaut: „Die bestehenden theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten.“

(In der bisherigen Fassung lauten die fraglichen Verfassungsaufsätze:

Artikel 143. Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Reigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.

Ob und wie weit bei der Gliederung der Volksschule Kinder des gleichen Bekenntnisses auf Antrag der Erziehungsberechtigten vereinigt werden können, bestimmt die Gesetzgebung.

Für den Zugang Unmittelbarer zu den mittleren und höheren Schulen sind öffentliche Mittel bereitzustellen. Artikel 144. Die Errichtung von Privatschulen ist unzulässig; sie bedarf der Genehmigung des Staates. Privatschulen unterliegen den Landesgesetzen. Private Volksschulen sind nur zugelassen, wenn sie in ihrem inneren Aufbau nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückbleiben.

Artikel 145. In allen Schulen ist persönliche und staatsbürgerliche Tüchtigkeit und sittliche Bildung auf deutsch-volkstümlicher Grundlage im Geiste der Völkerverständigung zu erstreben.

Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden.

Staatsbürgerkunde ist Lehrgegenstand in den Schulen. Jeder Schüler erhält bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung.

Volkshochschulen sollen gefördert werden.

Artikel 146. Der Religionsunterricht ist ordentlicher Lehrgegenstand der Schulen. Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates erteilt.

Die Erteilung des Religionsunterrichts und die Vornahme kirchlicher Überlieferungen bleibt der Willenserklärung der Lehrer überlassen. Gegen den Willen des Erziehungsberechtigten darf kein Schüler zum Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden.

Die theologischen Fakultäten an den Universitäten bleiben bestehen.)

Es haben eine ganze Anzahl Fraktionsführungen stattgefunden, sowohl bei der Zentrumspartei wie bei der Sozialdemokratischen Partei, um zu einer Einigung zu gelangen. In beiden Parteien waren die Widerstände sehr hart. In der Sozialdemokratischen Partei wurde das Kompromißschicksal als eine politische Notwendigkeit anerkannt. Wenn auch sehr viele Gründe gegen ihn angeführt wurden, entschied sich die erhebliche Mehrheit der Fraktion zuletzt doch für diese Mittellinie.

Die Kämpfe, die sich in den letzten Tagen in den Fraktionen abgespielt haben, vor Wochen im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung ihre Vorläufer gefunden. Es wurde damals wie jetzt von beiden Seiten hart um die Weltanschauung gerungen.

Die Sozialdemokratie verlangt die Trennung von Staat und Kirche und die Weltlichkeit der Schule. Das Zentrum möchte, wenn angängig, den Staat der Kirche ausliefern und es fordert die volle Konfessionsschule. Auch über die Schule soll die Kirche gebieten.

Das Zentrum war sich im Verfassungsausschuß von vornherein klar, daß es viel Wasser in seinen Weinschalen gießen müsse, um nur einen kleinen Teil dessen zu erreichen, was es erstrebte. Es rückte daher mit einer Fassung heran, die zwar weit hinter seinem Ziel zurückblieb, die aber gleichwohl weit über die Linie hinausgriff, die von der Sozialdemokratie im ärgsten Notfall zugestanden werden konnte.

Zu diesem Notfall kam es durch die Schuld der Demokraten. Trotz aller Bemühungen unserer Vertreter waren die Demokraten für die volle Weltlichkeit der Schule nicht zu haben. Der Religionsunterricht sollte auch noch ihrer Meinung ordentliches Lehrfach der Schulen bleiben. Die sozialdemokratischen Anträge wurden von ihnen wie von den übrigen bürgerlichen Parteien niedergestimmt. Die sozialdemokratischen Vertreter mußten sich danach begnügen, im Rahmen dessen, was die Demokraten zugestehen wollten waren, so viele Verbesserungen wie möglich durchzusetzen.

Das Resultat ihrer Bemühungen lag in den Artikeln 143 bis 146 vor. Sie sind im vierten Abschnitt der „Grundrechte und Grundpflichten“, der sich mit der „Bildung und Schule“ befaßt, enthalten und oben wiedergegeben.

Ein Vergleich der Bestimmungen des Kompromisses mit dem Wortlaut, wie er aus der Kommission herausgekommen ist, zeigt, daß nicht das Zentrum „auf der ganzen Linie geiegt“ hat, wie ein Teil der demokratischen Presse in den letzten Tagen aus kulturkämpferischer Neigung zu behaupten freimütig gemut war, sondern daß die Anhänger der Konfessionsschule so gut wie die Verteidiger der vollen weltlichen Schule Konzessionen haben machen müssen. Die Sozialdemokraten haben es nicht erreicht, daß der Religionsunterricht aus den Schulen verdrängt, aber sie haben durchgesetzt, daß kein Kind zur Teilnahme am Religionsunterricht angehalten werden kann, wenn seine Eltern es nicht wünschen. Der Diffidentenzwang ungeliebten Angebens ist ein für allemal beseitigt. Was für die Kinder gilt, gilt auch für die Lehrer. Kein Lehrer kann künftig gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen, wenn er dadurch in Gewissenskonflikte gerät oder wenn andere Gründe vorliegen, die ihn veranlassen, diesen Unterricht abzulehnen.

Die Bestimmungen des Kompromisses gehen aber noch weiter. Im neuen Absatz 2 des Artikels 143, der oben durch

setzte Schrift ausgezeichnet ist, wird nicht nur die Errichtung simultaner, für alle Bekenntnisse gemeinsamer, sondern auch voller weltlicher Volksschulen vorgelesen. Bestimmung ist dafür der „Wille der Erziehungsberechtigten, soweit dies mit einem geordneten Schulbetrieb zu vereinigen ist“. Das Nähere darüber soll ein baldigst zu erlassendes Reichsschulgesetz bestimmen.

Dies erscheint also zum erstenmal die sozialdemokratische Forderung der vollen weltlichen Schule. Sie kann dort eingeführt werden, wo innerhalb der Gemeinden der Wille der Erziehungsberechtigten es verlangt, soweit die Ausführung dieses Willens mit einem geordneten Schulbetrieb zu vereinigen ist.

Dieser neue Absatz 2 und der folgende Absatz 3 des Artikels 143, der öffentliche Mittel von Reich, Staat und Gemeinde für die volle Ausbildung der begabten Kinder Minderbemittelter auf den höheren Schulen verlangt, haben es der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung möglich gemacht, dem Kompromiß ihre Zustimmung zu geben. Wir wollen abwarten, ob die demokratische Presse auch jetzt noch von einem „vollen Siege des Zentrums auf der ganzen Linie“ zu sprechen den Mut haben wird. Der Vorwurf, wie immer er lauten mag, klingt überdies besonders hübsch aus dem Munde derjenigen, deren Vorbeigewissen den Sozialdemokraten in den Arm gefallen sind, als sie daran gingen, dem Volke die allgemeine weltliche Schule zu erringen.

Selbstverständlich ist, daß die Unabhängigen über „Verrot“ schreien werden. Je lauter sie die Sozialdemokraten anklagen, um so energischer wollen wir sie daran erinnern, daß die zwingende Notwendigkeit einer mittleren Linie auch auf dem Gebiet der Schule nur den Unabhängigen zu danken ist. Gätten sie Disziplin gehalten, hätten sie die Partei nicht gespalten, hätten sie nicht all ihre Kraft und all ihren Haß daran gesetzt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und zu schwächen, so würden wir bei den Januarwahlen für die Nationalversammlung die glatte Mehrheit errungen haben. Dann hätte die Sozialdemokratie glatte Bahn vor sich gehabt und hätte volle Arbeit leisten können. Dann hätte für sie keine zwingende Veranlassung vorgelegen, den bürgerlichen Parteien Konzessionen zu machen, um den parlamentarischen Bedürfnissen zu genügen und der deutschen Republik eine Regierung zu erhalten, die im Parlament über eine Mehrheit verfügt.

Durch das abgeschlossene Kompromiß ist diese Mehrheit gesichert. Das Ministerium Bauer wird jetzt sein Programm vorlegen können. Darüber hinaus ist die Gewissheit gegeben, daß die Nationalversammlung auch die volle Verfassung und nicht nur ihren konstruktiven Teil zur Erledigung bringen wird.

72 Bauern auf Befehl der ungarischen Räteregierung erhängt.

Hungernot in Budapest.

Wien, 14. Juli. Die die „Mittagspost“ aus Budapest berichtet, hatten Bauern aus dem Komitat Heves einen Teil der Ernte verbrannt, um sie nicht der ungarischen Räteregierung ausliefern zu müssen. Zur Strafe dafür ließ der ungarische Volksbeauftragte Samuelli in Daracov 72 Bauern aufhängen.

Die „Mittagspost“ berichtet, daß die Hungernot in Budapest geradezu katastrophale Formen annehme. Spinat kostete auf dem Markt 40 Kronen das Kilo. Sonnabend und Sonntag waren fast alle Gasthäuser geschlossen, da die Verpflegung für kaum 50 Personen gelangt hätte. Die Landproletariat werden von der Räteregierung dringend beschworen, Budapest, dessen Ernährungsfrage sehr kritisch sei, zu unterziehen.

Auch ein Kriegsergebnis. Seit Ende 1918 sind an den Groß-Berliner Landgerichten 30 000 Ehecheidungen erledigt worden, davon noch in Schwere.

Die „Mittagspost“ berichtet, daß die Hungernot in Budapest geradezu katastrophale Formen annehme. Spinat kostete auf dem Markt 40 Kronen das Kilo. Sonnabend und Sonntag waren fast alle Gasthäuser geschlossen, da die Verpflegung für kaum 50 Personen gelangt hätte. Die Landproletariat werden von der Räteregierung dringend beschworen, Budapest, dessen Ernährungsfrage sehr kritisch sei, zu unterziehen.

Die „Mittagspost“ berichtet, daß die Hungernot in Budapest geradezu katastrophale Formen annehme. Spinat kostete auf dem Markt 40 Kronen das Kilo. Sonnabend und Sonntag waren fast alle Gasthäuser geschlossen, da die Verpflegung für kaum 50 Personen gelangt hätte. Die Landproletariat werden von der Räteregierung dringend beschworen, Budapest, dessen Ernährungsfrage sehr kritisch sei, zu unterziehen.

Die „Mittagspost“ berichtet, daß die Hungernot in Budapest geradezu katastrophale Formen annehme. Spinat kostete auf dem Markt 40 Kronen das Kilo. Sonnabend und Sonntag waren fast alle Gasthäuser geschlossen, da die Verpflegung für kaum 50 Personen gelangt hätte. Die Landproletariat werden von der Räteregierung dringend beschworen, Budapest, dessen Ernährungsfrage sehr kritisch sei, zu unterziehen.

Die Angst des bösen Gewissens.

Gefinnungsschnüffelei im Heere.

Man schreibt uns:

Die Gründung des „Republikanischen Führerbundes“, den die wirklich republikanisch gesinnten Offiziere und Unteroffiziere organisatorisch zusammenschließen will, gibt der reaktionären Presse Anlaß zu entsetzlichen Wutgeheiß. Ohne die Spur eines Grundes oder Beweises nehmen die Reaktionen die Gründung dieses Bundes zum Anlaß, um über „Gefinnungsschnüffelei“ im Heere zu klagen. Eine Anzahl monarchistischer Offiziere erlassen bereits einen offenen Brief an Roßke, in dem immer wieder die Befürchtung ausgesprochen wird, daß auf die Offiziere ein Druck ausgeübt werden könne, dem „Republikanischen Führerbund“ beizutreten.

Die Herren mögen vollständig beruhigt sein. Die neue Organisation legt auf Zwangsmittelglieder nicht den geringsten Wert. Sie will im Gegenteil nur diejenigen Elemente in sich vereinigen, die offen und ehrlich republikanisch gesinnt sind, und zieht mit vollem Bewußtsein einen dicken Trennungstrich zwischen diesen und jenen anderen, die zwar die bewußte Unterschrift unter den Einstellungsschein leisten, aber nur mit dem inneren Vorbehalt einer durchaus anderen Gefinnung, und die dann fortwährend über „Gewissenskonflikte“ jammern, die ihnen der Dienst der Republik verursacht. Für irgendwelche Zwangsmittelglieder würde sich die Organisation besten bedanken, denn diese würden ihren Zweck nur durchkreuzen, der dahin geht, jeden Mißbrauch des Heeres zu reaktionären Zwecken unmöglich zu machen.

Aber die Angst der Herren ist erklärlich, sie stammt aus dem bösen Gewissen. Denn heute wird in der Tat von gewissen Stellen der Armee eine Gefinnungsschnüffelei übelster Sorte getrieben, nur daß diese ausgeht von einer festzusammenhaltenden reaktionären Offiziersclique und gerichtet ist gegen alle freiheitlich gesinnten Elemente. Ungezählte Klagen liegen vor. Republikanische Offiziere werden systematisch aus der Armee herausgeekelt. Mehrheitssozialistische Kompagnieführer sucht man dadurch unmöglich zu machen, daß die vorgelegten Stellen systematisch alle von ihnen vorgeschlagenen Beförderungen und Auszeichnungen der Mannschaften ablehnen. Andere republikanische Führer werden plötzlich unter nichtigen Vorwänden von ihrer Truppe weggeworfen. Erleben die Mannschaften, die an diesen Führern hängen, dann Einbruch dagegen, so hat man dann die beliebigen „spontaneen Untritte“, die den Vorwand zur Auflösung des ganzen Truppenkörpers geben. So wird alles herausgeholt, was nicht auf das alte System schwört. Gerade diese Zustände sind es gewesen, die zur Gründung des „Republikanischen Führerbundes“ in erheblichem Maße mit Anlaß gegeben haben. Er ist zum Schutz gegen die Gefinnungsschnüffelei gegründet, als Abwehr gegen den unglaublichen Zustand, daß unter der Herrschaft der Republik ein Offizier oder Unteroffizier Zurücksetzung erfahren kann, weil er seine republikanische Gefinnung bekundet. Das mögen sich die Leute merken, die jetzt über Gefinnungsschnüffelei reden.

Zum Fall Emonts.

Die „Freiheit“ veröffentlichte einen Brief der Frau Emonts, in dem diese behauptet, die deutschen Gerichtsbehörden hätten dem Engländern Belastungsmaterial gegen Emonts geliefert.

Mit dem Eifer, mit der die „Freiheit“ alles aufgreift, was als Waffe gegen die Regierung dienen könnte, stellt sie die Behauptungen der Dame ihren Lesern als selbstverständliche Wahrheit hin. Nun wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft den englischen Behörden keinerlei Beweismaterial geliefert hat.

Vom Lehrerbildungswesen.

Vor einiger Zeit veröffentlichten wir einen Artikel, der das Lehrerbildungswesen beleuchtete (Nr. 260). Zu diesem Aufsatz wird uns von einem Lehrer im Osten geschrieben: „Die Ausführungen treffen zu. Da aber die gesamte Lehrerbildung von Grund auf einer Reform bedarf, so mögen einige nachstehende Ausführungen Beachtung finden.“ Sie lauten:

In dem Aufsatz hieß es: „Fast alle Seminarleiter der kaiserlichen Regierung sind noch im Dienst, sie sind entweder Theologen oder im kirchlich-kirchlichen Dogmen veränderte, durch Strebertum bis zum Seminarleiter emporgestiegene Volksschullehrer.“ Es gibt sehr wenige Seminarleiter letzterer Art, und diese sind auf Grund ihrer intensiven Arbeit zu dem Posten emporgestiegen, obwohl nicht verschwiegen werden darf, daß sie durch Wohlwollen ihrer Vorgesetzten als weiße Raben befördert worden sind, damit im ehemaligen Landtage öffentlich gesagt werden konnte, es sind auch Seminarleiter aus den Volksschullehrern hervorgegangen, ebenso, als wenn von den reaktionären Parteien immer wieder betont worden ist, auch Seminarlehrer sind zu Kreiskollegien ernannt, obwohl, wie bekannt, selbst zu hauptamtlichen Kreiskollegien in guten Orten Theologen vorzugsweise ernannt sind. Daß natürlich politische Gefinnung und devoted Verhalten ausschlaggebend gewesen sind, unterliegt keinem Zweifel. So ist es zu bedauern, daß tüchtige Seminarlehrer mit geradem Sinn und weiter schauendem Blick zurückgelassen sind und so in stiller Woll ihres Amtes weiter gewaltet haben oder in andere Dienste übergegangen sind.

Daß aber mehr wie bisher bei richtiger Beurteilung der Seminarlehrer Beförderungen vorgenommen werden konnten, unterliegt ebenfalls keinem Zweifel, aber das frühere kirchlich-kirchliche Regiment lag zumeist in den Händen von Theologen, die sich auffallend zahlreich in den Dienst des Volksschulwesens stellten, um schneller vorwärts zu kommen, denn mit dem Regierungskritik beginnt ja erst der Mensch, wie in den höchsten Kreisen mit dem Adel. Nimmt doch auch schon ein Seminarleiter eine exklusive Stellung in seinem Kollegium ein!

Hat denn die ungeheure Staatsumwälzung, die in manchen Dingen Wandel geschaffen hat, noch nichts dem Lehrerbildungswesen bringen können? Sieben Monate sind ins Land gegangen, schöne Reden sind gehalten worden und manche Hoffnungen auf Reformen sind ausgestreut. Die Volksschullehrer haben sofort mit der wichtigen Arbeit begonnen und haben gar manche bedeutungsvolle Errungenschaften zu verzeichnen. Hier ist alles beim alten geblieben, so die üblichen Revisionen, die täglichen Ansuchen, die von den Seminarleitern zugebilligt werden, die Aufsicht, das Bücher- und Listenwesen, das Verbot der Anschaffung von Lehrbüchern, die nicht von der Behörde genehmigt sind usw. Zur Illustration eines Wochentages im Internat sei folgende Hausordnung des früheren Regiments mitgeteilt: 5 Uhr früh Aufstehen, 5½ bis 6½ Arbeitsstunde, 6½ Morgenkaffee, 6.50 bis 7 Morgenandacht, 7—12 bzw. 1 Uhr Unterricht, oder Arbeitszeit, 1 Uhr Mittagsessen (nach vorangegangener Arbeit), 1—3 Uhr Be-

sonderung von geschäftlichen Gängen in der Stadt oder dem Dorfe, 3—6 resp. 7 Uhr Unterricht, oder Arbeitszeit, 7½ Uhr Abendrot mit Gebet, 8—9½ Uhr Arbeitszeit, 9½ Uhr Abendandacht, 10 Uhr zu Bett gehen. Der Sonnabendnachmittag war von 1—7 Uhr frei. Der aussichtsführende Seminarlehrer hat aber die Pflicht, vom Aufstehen der Seminaristen ab bis zum Schlafengehen ununterbrochen seines Amtes zu walten, und wird obendrein vom Seminarleiter inspiziert, zeitweise so intensiv, daß er kaum Zeit hat, seine Privatzeiten mit seiner Familie gemeinsam zu halten. Am Sonntag selbstverständlich Straggen und Kontrolle durch den aussichtsführenden Lehrer. In den externen Seminaren ist bis vor kurzer Zeit in ähnlicher Weise verfahren.

Ist solche eine hässliche Erziehung der zukünftigen Lehrer unseres Volkes nicht unwürdig der Zeit? Ist es nicht traurig genug, in solch einer hässlichen Abgeschiedenheit seine Jugend verleben zu müssen? Ist es nicht hart, wenn gebildete Kreise den Lehrer als einseitig halbgebildeten Menschen hinstellen? Ist es nicht bedauerlich, daß den jungen Leuten keine Gelegenheit gegeben wird, sich mit den nötigsten Umgangsformen vertraut zu machen? Der Seminarlehrer mit seiner unbegrenzten Stundenzahl, seinem Vor- und Nachmittagunterricht (letzterer ist an den höheren Lehranstalten selbstverständlich nicht zu finden), den Präparationen, Korrekturen usw. ist fast ebenso gebunden, es fehlt bei ihm nur die Beaufsichtigung. Aber die „Instruktion für die Direktoren der königlichen Schullehrer-Seminare vom 25. März 1879“ (Bonn, A. Marcus und E. Weber's Verlag) gibt ihm das Recht, das gesamte wissenschaftliche und sittliche Leben seiner Lehrer zu beaufsichtigen, beobachten und unter Umständen dem Provinzial-Schulkollegium zu berichten. Ein echtes Dokument, das den reaktionären Geist der Zeit trefflich charakterisiert. Noch sind diese Bestimmungen, welche von einzelnen Provinzial-Schulkollegien mit geringen Änderungen eingeführt sind, nicht aufgehoben, noch leben die Seminarlehrer unter den entwürdigenden Vorurteilen dieses Modus, noch warten sie vergebens auf Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen, welche sie auf den Seminarlehrerversammlungen in letzter Zeit erneut gestellt haben, u. a.: einheitliches Lehrerkollegium, kollegiale Schulleitung, Dienstverweisung für alle Lehrkräfte des Seminars in neuzeitlichem Geiste, Schaffung eines Beirates an den höheren Verwaltungsstellen, freie Gestaltung des Unterrichts, Fachunterricht, Ob- und Unterrichts.

Noch sind reaktionäre Kräfte am Werke, jeden Fortschritt zu hemmen, und so ist es nicht zu verwundern, wenn viele neuzeitliche Forderungen keine Berücksichtigung finden werden. Vor mir liegt ein Exemplar: „Vorschläge für eine Umgestaltung des Lehrerbildungswesens. Eine Denkschrift, herausgegeben von den Vorständen der Konferenz preussischer Seminarleiter und des Landesvereins preussischer Lehrerbildner“. Der 1. Teil enthält: „Reformvorschläge“, der 2. Teil „Forderungen für die Uebergestaltung“ (das ist das jetzt einwirkende siebenstufige Seminar). Eine eingehende Kritik erübrigt sich, aber soviel sei gesagt: der 1. Teil geht als Zeitpiegel. Die Lehrerwelt wird sich ernsthaft dagegen verwahren, wieder einmal einer viersten Schulart — dem neuzeitlichen „Deutschen Gymnasium“ — anzugehören. Wir haben genug Schulgestaltungen in unserm Breitenlande, und wenn jedem Staatsbürger das Gymnasium, Realgymnasium, die Oberre-

schule vollkommene Vorbildung für seinen späteren Beruf vermittelt, so werden diese Stätten auch der Lehrerwelt zu genug sein. Der 2. Teil finde aber vollste Beachtung. Er enthält Forderungen, die die Seminarlehrerfreize tief bewegen und deren Berücksichtigung für die Uebergangszeit bis zur Ausgestaltung der Einheitschule so schnell wie möglich erfolgen muß, um unsern zukünftigen Lehrern schon jetzt eine bessere Ausbildung zu ermöglichen.

Es werden noch Jahrzehnte vergehen, bis alle Ziele erreicht werden. Es kann aber nur geschehen, wenn sich ein Wandel in den höheren Stellen der Unterrichtsverwaltung vollzieht. Solange sich die zumeist reaktionär gesinnten Theologen als Seminarleiter, Provinzialschulräte usw. in den leitenden Stellen befinden, solange dürfte eine zeitgemäße Lehrerbildung nicht zu erhoffen sein. Der Widerstand von dieser Seite ist gemessen und wird bleiben. Den Volksschullehrern ist es gelungen, sich der leidigen geistlichen Disziplin zu entziehen, sich freie Bahn im Interesse der Volksschule für höhere Verwaltungsstellen zu schaffen, sollte es nicht möglich sein, nach Beseitigung der Unzulässigkeit des Seminarkollegiums auch diesen Arbeitern an der Volksschule geeignete, einflussreichere Stellen zu schaffen? „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ Darum: hinweg mit der Finsternis der Reaktion, hinweg mit der dumpfen Stubenluft des umständlichen Aktenwesens, hinweg mit dem eifigen, überhebenden Vorgesetztenverhältnis und dem Mißtrauen, herein mit dem warmen Herzen der Liebe, der Hilfsbereitschaft, der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens! Dann wird es besser mit der Jugend- und Volkserziehung.

Notizen.

— Kommunaler Wettbewerb für Berliner Bildhauer. Die städtische Kunstdeputation schreibt unter den in Berlin und Vororten ansässigen Bildhauern eine Reihe Wettbewerbe aus für Entwürfe zu Teilen einer Ehrenbeerdigungsanlage und zu Pietrinbrunnen auf Berliner Schulhöfen. Für Preise und Anläufe sind insgesamt 18 000 M. ausgesetzt. Dem Preisgericht gehören an Stadtkonrat Hoffmann, Diebemann, Klimsch, Rauch, Schien, Stadtordnungsarchitekt Heimann und die Stadtverordneten Cassel, Kinkel, Monasse. Die Wettbewerbsbedingungen sind von der unterzeichneten Deputation, Berlin C. 2, Stadthaus, Klosterstraße, 1. Stock, Zimmer 145, unentgeltlich zu beziehen. Als Einlieferungsstermin ist der 20. Oktober 1919 festgesetzt.

— Die Arbeiterkunstausstellung, die von der Genossenschaft sozialistischer Künstler im Reichshaus veranstaltet wird, wird am Mittwoch, vormittags 11 Uhr, eröffnet. In der Abteilung der Erwerblosen stellen Architekten, Maler, Graphiker, Bildhauer aus, meist junge Kräfte, deren Schaffen der Kriegsdienst jahrelang stilllegte.

— Eine Pflanz-Peter, veranstaltet von der Freien Wissenschaftlichen Vereinigung, fand am Sonntag in der Universtität statt. Prof. Dr. J. Goldschmidt und Dr. jur. Kollmann würdigten die Bedeutung des verstorbenen Rechtsgelehrten.

— Vorträge. Karl August Wittfogel spricht heute, Dienstag, abends 8 Uhr, in der Aula der Fürstin-Bismarck-Schule, Sylvestr. 2—4, über „Chinesischen Sozialismus und Anarchismus“.

Planwirtschaft und Sozialisierung.

Eine Erwiderung zum Rücktritt Wiffells.

Folgende Erklärung geht uns zu:
Das Abschiedsgesuch des Genossen Wiffell an den Reichspräsidenten Ebert enthält einige Wendungen, die mich zu einer Erwiderung zwingen.
Wiffell schreibt: „Ich mußte um so mehr glauben, daß meine Parteigenossen hinter mir ständen, als noch auf dem Sozialdemokratischen Parteitag der jetzige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei erklärt hat, daß die Partei geschlossen hinter meiner „Planwirtschaft“ stünde und der Parteitag einen Antrag annahm, der diesen meinen Grundgedanken durchaus gerecht wurde. Die Auffassung hat sich recht schnell bei meinen Parteifreunden gewandelt.“
An einer anderen Stelle sagt er: „Nachdem mich meine Kollegen im Kabinett und in der Partei im Stich gelassen haben ...“

Demgegenüber stelle ich zunächst fest, daß Wiffell sich irrt, wenn er behauptet, ich hätte erklärt, die Partei stünde geschlossen hinter seiner „Planwirtschaft“. Ich habe vielmehr ausdrücklich nicht für die Partei, auch nicht für den Parteivorstand, sondern nur für meine Versammlungen, auch da habe ich Vorbehalte gemacht. Der stenographische Bericht gibt jene Stelle meiner Rede wie folgt wieder: „Ich bekenne mich ganz offen zu den Plänen, die Wiffell in seiner Vorlage angedeutet hat, wenn sie auch in manchen Punkten der Forderung bedürftig sein mögen. Diese planmäßig zusammengefaßten Selbstverwaltungskörper der Industrie unter sozialistischer Kontrolle werden sich den unerläßlichen Kredit aus dem Ausland verschaffen können und werden auch vielleicht den Übergang zur Sozialisierung bilden können. Denn die Sozialisierung, darüber ist die ganze Partei sich einig, ist unerläßlich zur Wiederinstandsetzung des deutschen Wirtschaftslebens.“ Genau so wie ich in meiner Rede, sagte der Parteitag in der Resolution 261 das Schwergewicht auf die Sozialisierung und nicht auf die Planwirtschaft.

Einmütigkeit bestand auf dem Parteitag darin, daß unbedingt durchgeführt werden müsse:

1. Die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe, vor allem des Bergbaus, der Elektrizitäts- und Stichtoffindustrien usw.

2. Daß keine Wirtschaftspolitik betrieben werden dürfe, die durch die künftige programmatische Durchführung der Gesamtsozialisierung neue Hindernisse schafft.

Als Mittel für den Übergang dachte sich der Parteitag und auch ich mit der Wiffellschen Pläne, die ich nicht als festes oder klares Programm, sondern als Andeutung empfunden und bezeichnet habe.

Wenn Wiffell jetzt sagt, daß die Anschauung seiner Parteifreunde sich seinen Plänen gegenüber abgewendet habe, so trägt er allein daran die Schuld, denn er sagt jetzt, daß seine Auffassung über die Beziehungen seiner Planwirtschaft zur Sozialisierung eine andere ist, als z. B. ich sie gehabt habe. Das ist in seiner Denkschrift an das Kabinett am 8. Juli 1919 geschehen, die der Fraktion der Nationalversammlung bei ihrer Beschlußfassung vorlag.

In ihrem Abschnitt 7 behandelt die Denkschrift Wiffells die Absicht, ein Gesetz über den Arbeitsfrieden vorzulegen. Hier erklärt er:

„Von mir verabschiedeter Meinung darüber sein können, ob es notwendig und zweckmäßig ist, zur Erreichung dieses Ziels gesetzliche Beschränkungen in der Ausübung des Streikrechts vorzunehmen oder ob man erwarten darf, daß die Arbeiterschaft aus eigener Kraft die Mißbräuche, die auf dem Gebiete des Streikwesens herorgetreten sind, überwinden wird. Für den Fall, daß der Erfolg gesetzlicher Vorschriften in Betracht gezogen wird, möchte ich erneut darauf hinweisen, daß die für diesen Zweck der Arbeiterschaft anzubietenden Kompensationen meines Erachtens in einer Sicherung gleichmäßiger Produktion und einer gebundenen Gewinnverteilung bestehen müssen, wie sie in meinen Vorschlägen enthalten sind. Eine sogenannte Vollsozialisierung, d. h. eine Enteignung zugunsten des Staates oder Nationalisierung einzelner Betriebe würde m. E. eine geeignete Kompensation nicht bedeuten.“

Wie dürfen wir diesen Worten über die Vollsozialisierung zugunsten der viel wirksameren „Gewinnbeteiligung“ der Arbeiter verwerfen. Das Programm des verstorbenen Jalousie-Fabrikanten Freese u. A. feiert seine Auferstehung in der Wiffellschen Denkschrift.

So hatte ich mit der Beziehungen der Wiffellschen Pläne zur Sicherung der Produktion und zur Erreichung der Sozialisierung nicht gedacht, und ich glaube, auch kein anderer Teilnehmer des Parteitags. Wir wollten und wollen die Bergesellschaftung der Produktionsmittel und nicht die durch „Gewinnbeteiligung“ herbeigeführte illusionäre Interessengemeinschaft der Unternehmer und Arbeiter eines Berufs oder einer Industrie.

Auf dieser Grundlage führt die gebundene Planwirtschaft, wenn sie auch noch so verlockend mit einem sozialistischen Mantel, den verdrängt ist, zur Stärkung des Kapitalismus gegen den Sozialismus. Sie erreicht bestenfalls eine Einigung der Arbeiter und Unternehmer einzelner Produktionszweige und die Auslieferung des ganzen Volkes an die von ihnen betriebene Preispolitik. Nach den jetzigen Darlegungen Wiffells besteht kein Zweifel, daß seine Planwirtschaft nicht zum Sozialismus führt, sondern sich — mag Wiffell das nun wollen oder nicht — gegen ihn wenden muß. Otto Wels.

Der Belagerungszustand über Hannover aufgehoben.

Hannover, 14. Juli. Der Belagerungszustand über Hannover-Linden ist mit Wirkung vom 16. Juli, mittags 12 Uhr, ab aufgehoben.

Proteststreik in Hamburg.

Hamburg, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Unabhängigen und Kommunisten haben einen eintägigen Proteststreik gegen die Maßnahmen des Korps Lettow Vorbed beschlossen. Auch die Vertrauensmänner des Metallarbeiterverbandes in Hamburg beschlossen, daß ein eintägiger Sympathiestreik eintreten soll. Die sozialdemokratischen Parteileitungen von Hamburg, Altona, Wandsbek usw. rieten an die Parteigenossen einen Aufruf, worin sie die Mitglieder vor diesem Streik zu warnen und darauf hinweisen, daß politische Streiks der Beschlußfassung der politischen Organisationen überlassen bleiben müssen. Die Parteileitungen stellten sich hinter dem Beschluß der Delegiertenversammlung vom 10. Juli, wonach Proteststreiks, Generalstreiks und überhaupt Massenaktionen zurzeit für unangebracht und geradezu für gefährlich erklärt werden; von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Wahlvereine soll die Streikparole nicht befolgt werden, wenn sie nicht auf Grund von Beschlüssen der Parteioptionen durch den Parteivorstand ausgegeben wird.

Kommunismus und Militarismus.

Vor dem Schwurgericht in Essen hatte sich wegen Beteiligung an Unruhen der Kommunistenführer Thiel, Vorsitzender des A. u. S.-Rates von Sterkrade und der dortigen Ortsgruppe der kommunistischen Partei, zu verantworten. Ueber die Errichtung der kommunistischen Armee entspann sich zwischen dem Vorsitzenden und Angeklagten folgendes Zwiegespräch:

Vors.: Wie wird es mit der Armee in der Räterepublik aussehen?

Angell: Da sie sehr viel Feinde hat, wird sie sehr stark sein müssen.

Vors.: Wie hoch schätzen Sie wohl das kommunistische stehende Heer?

Angell: Mindestens so groß, wie das frühere deutsche stehende Heer. Dazu kommen dann noch die Reserven.

Na also, Lubendorff kann seine Freude an den „armen, idealen“ Kommunisten haben.

Blockade des Dirschauer Arbeiterrats.

Man melde und: Dirschauer Arbeiterrat und Betriebsarbeiterräte haben Beschluß gefaßt, nicht früher Lebensmittel für andere Städte des Reichs herauszugeben, bis Dirschau als Ersatz hierfür Kohle erhält. Die Röhre wurde mit sämtlichen Vorräten vom Militär besetzt. Nach Verhandlungen des Militärs mit Vertretern der Arbeiterschaft jedoch zur Vermehrung Munition zusammengeführt wieder geräumt. In der Versammlung der gesamten Dirschauer Arbeiterschaft wurde der Beschluß des Arbeiterrats einstimmig gutgeheißen und eine Kommission nach Berlin entsandt. Der Regierung wurde gebot, die Verbindungen nach Ostpreußen zu lösen und den Verkehr lahmzulegen, falls Dirschau keine Kohlen erhält.

Raum ist die Ententeblockade aufgehoben, so fängt eine Stadt auf eigene Faust an, das übrige Deutschland auszuheuern. Die Angelegenheit wäre lächerlich, wenn nicht zu befürchten wäre, daß andere Städte dem Beispiel folgen werden. So traurig es ist, daß wir nicht genügend Kohlen zur ausreichenden Versorgung haben, so glaubt wohl der Dirschauer Arbeiterrat nicht, daß der Stadt aus Boshaftigkeit irgendeiner Verteilungsstelle keine Kohlen geliefert werden!

Hochverratsprozess gegen Toller.

Vor dem Münchener Landgericht begann am Montag der Hochverratsprozess gegen den Studenten Ernst Toller wegen seiner Beteiligung an den beiden Räteregierungen vom 7. und 14. April. Die Anklage macht Toller zum Vortwurf, daß er in den am 7. April gebildeten Zentralrat eingetreten sei und als dessen Vorsitzender Anordnungen erlassen habe, die nur der rechtmäßigen Regierung zustanden. Als Mitglied der zweiten am 14. April ausgerufenen Räteregierung habe Toller insbesondere eine leitende Tätigkeit als Kommandant der gegen die Regierung kämpfenden Roten Armee bei Dachau ausgeübt.

Zu der Verhandlung, die Landgerichtsdirektor Stadelmayer leitete, sind 40 Zeugen geladen, darunter auch die bekannte Schauspielerinnen Lilla Durtz, die Gattin des Berliner Kunsthandlers Bruno Cassirer. Diese ist jedoch nicht erschienen, sondern hat sich krank gemeldet. Die Verteidigung beauftragt kommissarische Vernehmung der Frau Durtz. Die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Hugo Haase, Kaufmann und Gänkler. Die Vernehmung des Angeklagten Ernst Toller ergibt folgendes:

Er ist 1898 in Samerkahn, Bezirk Bromberg, geboren, Konfessionslos. Er hat nach Absolvierung des Realgymnasiums in Bromberg in München Nationalökonomie und Rechtswissenschaft studiert.

Vors.: Sie sollen mit großer Begeisterung in den Krieg gezogen sein.

Angeklagter: Begeisterung für den Krieg habe ich nie gehabt. Ich hielt ihn aber damals für einen Verteidigungskrieg. — Im Mai 1916 erkrankte der Angeklagte an einem Herz- und Nierenleiden. Er wurde 1917 als kriegsbeschädigt aber dauernd heimatverwehrt erklärt. Er immatriulierte als Student in München, später in Heidelberg. Dort gründete er den Kulturpolitischen Bund. Der Bund vertrat sozialistische Ziele und trat für den Verständigungsfrieden ein.

Vors.: Der Bund kam dann mit den Behörden bald in Konflikt.

Angeklagter: Es wurde gegen uns eine maßlose Forderung gestellt. Man nannte uns Landesverräter. Verschiedene Mitglieder wurden ausgewiesen. — Der Angeklagte gibt dann an, daß er sich auch in Berlin aufhalten und hier Kurt Eisner kennen gelernt habe. Kurz vorher habe er die gesamten literarischen Dokumente und Veröffentlichungen eines mecklenburgischen Diplomaten kennen gelernt. Aus diesen habe er erfahren, daß Deutschland keinen Verteidigungskrieg führe.

Vors.: Sie sind damals ins Gefängnis gesteckt worden und es ist gegen Sie ein Verdict wegen Landesverrats beim Reichsgericht eingeleitet worden.

Angeklagter: Ja, ich war drei Monate im Haft.

Vors.: Sie haben Ihre politische Tätigkeit fortgesetzt. In Berlin haben Sie im Oktober 1918 gegen die sogenannte Nationalverteidigung und gegen die Vaterlandspartei agitiert.

Angeklagter: Die nationale Verteidigung hielt ich für ein unmäßiges Mittel. Ich habe mich in Berlin an der

Gründung des revolutionären Komitees

beteiligt, das später auch in Tätigkeit getreten ist. Leider erkrankte ich an schwerer Grippe. Nachdem ich gesund geworden, fuhr ich im November nach München, wo die Revolution inzwischen ausgebrochen war. Ich stellte Eisner meine Mitarbeit zur Verfügung. Aus der Antwort erlaß ich, daß ich ihm erkrankt sei. Ich wurde in den revolutionären Arbeiter aufgenommen. Vom Rätekongress wurde ich in den Zentralrat gewählt.

Vors.: Zwischen Sie war die allgemeine Armee, erfolgt und das Verfahren wegen Landesverrats gegen Sie eingestellt worden. Es hätte Ihnen aber nicht bedurft, denn der Oberreichsanwalt hatte ohnehin schon die Einstellung des Verfahrens beantragt

auf Grund des § 51 wegen Unzurechnungsfähigkeit.

Der Oberreichsanwalt bezog sich auf zahlreiche ärztliche Gutachten. Danach wurden Sie als stark erkrankt bezeichnet, als schwerer Schizophrener, als ein Mensch, der die Sucht hat, sich interessant zu machen. Ein anderer Sachverständiger bezeichnet Sie als einen hochgradigen Neurastheniker. Ein weiterer Sachverständiger hat eine Reihe schwerer Degenerationszeichen bei Ihnen festgestellt.

Angeklagter: Ich weiß diese Motivierung zurück. Meine Familie fühlte sich in ihrer bürgerlichen Ehre bedroht, und tat alles, um mich für unzurechnungsfähig hinzustellen. Ich habe alle meine Handlungen mit voller Heberlegung und Verantwortung getan.

Vors.: Sie waren Vorsitzender der U. S. P. in München?

Angeklagter: Ja. Ich war allerdings schon damals nicht Anhänger der formalen Demokratie und des Parlamentarismus,

sondern für Ablösung durch das Räteystem. In den Affen befindet sich die Annahme verzeichnet, die behauptet, Eisner habe mich und Leviné bemerkt, um hinter den Kulissen zu bleiben und so zum Räteystem zu kommen. Wer Eisner kennt, weiß, daß er nie ein Feind aus seinen Ansichten gemacht hat.

Eisner war vom weltlichen Ideenkomplex orientiert, während wir vom östlichen ausgingen.

Der Angeklagte gibt dann an, daß er mit Eisner zum Sozialkongress in Bern war. Während er sich auf der Reise von Bern nach München zurück befand, wurde Eisner ermordet. Der Landtag war auseinander gelaufen, er war sich seiner Verantwortung nicht bewußt gewesen und hatte freiwillig gegenüber dem Zentralrat auf seine Souveränität verzichtet.

Der Angeklagte Toller erklärt dann weiter, daß er in Nürnberg die Auslösung der Räterepublik erfahren und es zuerst nicht habe glauben wollen. Besonders erkaunt sei er gewesen, als er erfuhr, daß die Mehrheitssozialisten sich einstimmig für die Räterepublik erklärt hätten. Er sei von Anfang an der Meinung gewesen, daß die Proklamierung zu früh komme und habe es für eine Schandung der Mehrheitssozialisten angesehen. Schon in den ersten Tagen der ersten Räterepublik, die der Angeklagte als eine „Scheinträterepublik“ bezeichnet, habe er versucht, Beziehungen mit der Regierung Hoffmann anzuknüpfen. Der unglückselige Putsch am 12. April habe alles wieder zunichte gemacht. Als die Kämpfe dann begannen, habe er sich verpflichtet gefühlt,

auf Seiten der Arbeiter bei der Roten Armee mitzuwirken. Er habe aber nicht das Kommando gehabt, sondern nur dem Stabe bei Dachau angehört. Auch da habe er jederzeit Verhandlungen versucht. Die Regierung hätte bei einem richtigen Angebot den Vergleich haben können, aber Ministerpräsident Hoffmann habe auf dem Standpunkt geblieben, mit Rebellen nicht verhandeln zu dürfen. Er sei dann nach München gegangen; diesmal um Leviné und Lebiné sachlich zu besprechen und dann aber auch, um der allgemeinen Desorganisation, die in München eingerissen war, zu steuern.

Vors.: Sie haben doch auch die

Verhaftung von Geiseln

angeordnet? Angeklagter: Nein, ich habe niemals eine solche Anordnung getroffen. Ich war überhaupt gegen die Verhaftung der Geiseln. Das war ein Beschluß des Zentralrats. Richtig und berechtigt war die Festnahme von Geiseln im Februar nach der Ermordung Eisners, da war sie direkt zum Schutze der bürgerlichen Klasse geboten. Es ist möglich, daß ich, da ich die Beschluß des Zentralrats ausführen mußte, einige Verfügungen unterschrieben habe. Ich kann durch Zeugen feststellen lassen, daß ich mich ganz energisch geweigert habe, am letzten Abend Haftbefehle zu unterschreiben und daß ich eine Reihe solcher gestrichen habe, denn ich sah darauf Ramen, aus denen hervorging, daß die Kleinbürger ihren Sentiments freien Lauf ließen.

Vors.: Ist es richtig, daß Sie sich an die Spitze der bewaffneten Arbeiter gestellt haben und Kommandant der Roten Armee waren?

Angeklagter: Ich habe nur unter besonderen Umständen dem Stabe der Roten Armee bei Dachau angehört. Der Stab der Roten Armee war ich nicht, das war der Vorsitzende des Landes-Soldatenrats Paul Simon, der heute hinter der Regierung Hoffmann steht. Dieser hat mir einen fertigen Plan für die Rote Armee vorgelegt.

Vors.: Ist Ihnen bekannt, daß die Ihnen unterstellten Soldaten Lebensmittel von den Bauern erpreßt haben?

Angeklagter: Ich habe das streng verboten.

Vorsitzender: Sie werden zugeben, daß die Verhältnisse in München sich so entwickelt hatten, daß von persönlicher Freiheit keine Rede mehr war.

Keiner war seines Lebens sicher.

Der Plakatkritiker, tief Gefasst, verhaftet und vor ein Revolutionstribunal gestellt zu werden.

Angeklagter: Diese Zustände habe ich selbst kritisiert.

Vorsitzender: Die Zustände in München mußten im Auslande doch einen ungünstigen Eindruck machen und auf den Frieden erschwerend wirken.

Angeklagter: Die Räterepublik hätte bei den Arbeitern Frankreichs und Englands den Widerstand gegen den Versailler Gewaltfrieden gestärkt. Die Zustände in den letzten Tagen habe ich nicht gebilligt, ich glaube auch nicht, daß diese so tragisch zu nehmen sind. Die französischen Arbeiter wissen aus eigener Erfahrung, daß bei jedem revolutionären Aufstande sich Zustände entwickeln, die nicht immer reuevoll sind. Wenn wir sofort nach Ausbruch der Revolution freundschaftliche Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung angeknüpft hätten, dann hätten wir bessere wirtschaftliche Verhältnisse bekommen und gegen die Entente eine härtere Stellung einnehmen können, so daß wir einen solchen Frieden nicht hätten annehmen brauchen. Durch das Verhalten der Lubendorff und Scheidtmann haben wir den Kredit im Auslande verloren. Die Sozialisten würden das Vertrauen zu der Revolution in Deutschland gewonnen haben.

Neuer Rechtsanwalt Dr. Loewenfeld war auch Mitglied des Rätekongresses. Herr Toller gehörte zu jenem Flügel, der zwar die Räterepublik wünschte, aber Gewaltmaßnahmen ablehnte, die von der Richtung Leviné und Wüstmann gewünscht wurden. Die Minister waren nicht auffindbar. In einer Fraktionsfindung der Mehrheitssozialisten wurde eine Postkarte des Ministers Hoffmann gegeben, auf der er schrieb, er mache nicht mehr mit.

Neuer Geheimrat Professor Seuerlich befand, daß am 30. April im Toller gelegentlich eines Besuchs im Krankenhaus bei den Kranken die Wohnung zusammen ließ, daß das Krankenhaus in Gefahr sei, da die Ankunft der Weissen Garde in München bevorstehe. Es sei zu erwarten, daß die Kommunisten in ihrer Wut versuchen werden, den Grafen Arco (den Mörder Eisners) und den Minister Auer zu erschlagen. Es waren vorher auch schon gleich drei- bis viermal Bänder erschienen, die

im Spital Erpressungen

versuchten, indem sie bald die Herausgabe Arcos, bald diejenige Auers forderten. Der Zeuge hat sich durch eine Kranke, die mit Toller befreundet war, an diesen gewandt und ihn erfuhr, einzuschreiten. Das hatte den Erfolg, daß das Spital einige Zeit unbedrängt blieb, bis Toller seinen Einfluß verlor, indem die Herrschaft in die Hände der Kommunisten überging. Auf eine Frage bezeichnet der Zeuge Toller als einen Menschen, der außerordentlich eitel war.

Sergeant Hippel aus Dachau befand, daß Toller die (sehr umfangreichen) Requisitionen verboten habe.

Rechtsanwalt Gänkler stellt fest, daß Toller in einem Plakat erklärt hätte, daß wer hehle oder plündere, vor ein Feldgericht gestellt und unter Umständen erschossen werde.

Es wurden dann noch einige weitere Zeugen über die Vorgänge auf dem Rätekongress vernommen.

Aus dem Protokoll wird auf Antrag der Verteidigung festgestellt, daß der Angeklagte Toller in seinen Reden sich wiederholt gegen die Methode Levinés gewandt habe und diese als von militärischem Geiste befeuert bezeichnet habe.

Zeuge Eisenstein (Redakteur der „Münchener Post“): Bei der Betriebsratsprüfung übte eine Minderheit großer Terzer aus, gegen den nicht aufzukommen war. Es waren in den Betriebsräten recht fragwürdige Gestalten, denen wohl zuzutrauen war, daß sie jeden, der sich gegen die Räterepublik ausgesprochen hätte, niederschlagen. Zwischen Toller, Leviné und Lebiné bestand ein scharfer Gegensatz.

Neuer Redakteur Schmidt meint, daß bis zum Aufstand von Leviné und Lebiné Toller sich sehr terroristisch gebärde habe. Nachdem die Kommunisten die Herrschaft erlangt, habe er gebremst.

Nach einigen weiteren Zeugenvernehmungen wurde die Verhandlung auf Dienstag verlagert.

Der Verkehrsstreik soll weiter dauern!

Rücktritt der Streikleitung. — Die Omnibusse fahren.

Mit einer Mehrheit, die nach dem Wortlaut des Streikreglements des Transportarbeiter-Verbandes eine Weiterführung des Streiks nicht mehr rechtfertigt, haben die Straßenbahner sie beschlossen. Bekanntlich geht der Straßenbahnbetrieb in dem zweifellosen Falle der Verstädtlichung schon seit Anfang 1918 auf Rechnung Groß-Berlins; der Streik ist also auch finanziell von gewichtigen Folgen für die Allgemeinheit.

Namens der Unternehmungen hat Raurat Otto erklärt, daß sie sich, wenn die Arbeit nicht bis Donnerstag wieder aufgenommen ist, weder an den Tarifvertrag noch an ihr Angebot gebunden erachten und mit Entlassungen vorgehen werden. — Eine Korrespondenz meldet: die Große Berliner Straßenbahn werde im Laufe des Dienstags einen Aufruf an die Streikenden erlassen, in welchem sie den Fall des Kontraktbruchs als gegeben betrachtet und die Ausständigen auffordert, bis zum Donnerstag morgen die Arbeit wieder aufzunehmen. Wer bis dahin sich nicht an den Arbeitsstätten eingefunden hat, ist entlassen. Man werde mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Freiwilligen, Ingenieure, Techniker, Studenten usw. den Betrieb, wenn auch zunächst noch im beschränkten Umfang, aufnehmen. Ferner werde Fahrpersonal so schnell als möglich ausgebildet. Die Regierung habe dem Arbeitgeberverband zugesagt, daß sie zur Aufrechterhaltung des Fahrbetriebes jede Hilfe gewährt und die Wagen im Notfall militärisch schützen werde.

Den Vertrauensleuten der Straßenbahner gab Montag nachmittag im Gewerkschaftshaus der Vorsitzende der Streikleitung, Schäg, das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Es haben gestimmt:

für Weiterführung des Streiks	10 043
für die Aufnahme der Arbeit	6 335
ungültig waren Stimmen	167

Die Mehrheit habe also zum Ausdruck gebracht, daß sie weiter im Streik beharren wolle. Der Grund sei wohl der, daß das Entgegenkommen der Arbeitgeber zu gering gewesen sei. Er gibt die Erklärung ab, daß die Streikleitung größtenteils aus Körperlichen (?) Rücksichten zurücktrete, ferner ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes, in welchem erklärt wird, daß die Arbeitgeber abwarten wollen, wie die Abstimmung ausfallen werde und daß sie sich dann an ihr Angebot nicht mehr gebunden fühlten. Er erklärt weiter, daß die Angestellten der Omnibusgesellschaft beschloffen hätten, morgen den Verkehr wieder aufzunehmen.

Schumann vom Transportarbeiterverband fürchtet, daß die Einheit und Geschlossenheit der Angestellten in Gefahr wäre, wenn die Arbeit (nach dem Streikreglement, Absatz 14, soll die Arbeit wieder aufgenommen werden, wenn ein Drittel für die Arbeit stimmen) aufgenommen würde. Die Ablehnung des Schiedsspruches halte er nicht für ein so großes Unglück, als wenn die Einheit der Bewegung zerrissen würde. Die Wiederaufnahme der Arbeit aber würde eine Zerreißen der Bewegung bedeuten. Sie sei ohne Komplikationen nicht möglich. Es könnte daher von dieser Bestimmung kein Gebrauch gemacht werden. Er würde empfehlen, die Arbeitgeber zu veranlassen, weitere Zugeständnisse zu machen, event. würde es empfehlenswert sein, das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts anzurufen. Der Redner bittet hier, um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, die Pressevertreter, den Saal zu verlassen; die Streikleitung werde der Presse einen Bericht von den Verhandlungen zugehen lassen.

Auch die Hochbahn streift weiter.

An der mittags auf dem Bahnhof Gleisdreieck vorgenommenen geheimen Abstimmung beteiligten sich 1927 Hochbahner. Von diesen stimmten 1292 für weiteren Streik und 615 für die Wiederaufnahme der Arbeit; 20 Stimmen waren ungültig.

Omnibus fährt.

Die Omnibusangestellten beschloffen mit großer Mehrheit die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Der gesamte Omnibusbetrieb wird Dienstag früh wieder aufgenommen.

Erkundene Sympathiebeweise. Die „Freiheit“, die auf der einen Seite zum Streikabbruch mahnt, auf der anderen für Streikfortsetzung arbeitet, bringt in ihrer Montagmorgenausgabe (S. Seite, 1. Spalte) unter anderem die Behauptung, daß in vielen Groß-

betrieben (auch in der Reichsdruckerei) erfolgreiche Sammlungen für die Straßenbahner im Gange seien. Drei von einander unabhängige Meldungen von Arbeitern der Reichsdruckerei (legitimiert durch Reichsdruckerei-Ausweis und Mitgliedsbuch der S. P. D.) bekunden übereinstimmend, daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entspricht; diese Sammlungen vielmehr nur in einer kleinen Abteilung (Kupferdruckerei) stattgefunden, die Gesamtarbeiterchaft mit der Sache nichts zu tun hat, dem Streik im Gegenteil keine Sympathie entgegenbringe. Die Betreffenden ersuchen, die Behauptungen der „Fr.“ in dieser Angelegenheit zu berichtigen.

Ein Relegatschädiger schreibt uns: Ein Streikender hat unter tosendem Beifall gesagt: „Kollegen! Das Publikum muß uns kommen!“ — Der Mann irrt sich, das Publikum wird nicht kommen. Wir Kriegsbeschädigten werden auch weiterhin mit 1 oder 2 Stöcken zu Fuß zu unserer Dienststelle gehen, denken aber nicht daran, die frivolen Streiker zu unterstützen. Bitte, teilen Sie das der Streikleitung öffentlich mit.

Gewerkschaftsbewegung

Die Entschuldungssumme.

In unserer Notiz in der Sonnabend-Abendnummer haben wir aus Beamtenkreisen verschiedene Zuschriften erhalten, von denen wir die bemerkenswertesten hier wiedergeben:

Die von allen Beamtenorganisationen geforderte Zahlung einer Entschuldungssumme entspricht tatsächlich einer bitteren Notwendigkeit.

Die große Masse der unteren und mittleren Beamten hat während des Krieges unter größten Entbehrungen den schwersten Dienst machen müssen. Während die Arbeiter sehr bald eine wesentliche Erhöhung ihres Verdienstes durchziehen konnten, wurden den Beamten nur ganz unzulängliche Zulagen gewährt. Erst die Revolution brachte eine gewisse Besserung, aber auch heute gehören zum mindesten die jungen Beamten — d. h. der größte Teil — zu den schlechtest bezahlten Arbeitern. Nicht zu vergessen ist dabei, daß die Beamten, die unter dem alten Regime gearbeitet waren, „Standeshemden“ zu leben, infolge der Mietssteigerungen Wohnungsverhältnisse zahlen müssen, die in keinem Verhältnis zu ihrem Einkommen stehen. Die Beamten waren tatsächlich gezwungen und sind es noch jetzt, für die Anschaffung von Kleidungsstücken Schulden zu machen. Aus dieser Lage kann sie nur die Gewährung einer einmaligen Beihilfe befreien. Der Staat muß selbst das größte Interesse daran haben, damit der Beamte sich nicht nach Nebenverdiensten umzusehen braucht, was nicht im Interesse des Dienstes liegt und wodurch andern die Arbeitsgelegenheit genommen wird.

Es ist richtig, daß den Kriegsteilnehmern das Gehalt oder ein Teil davon gezahlt worden ist. Dasselbe taten auch andere Firmen, z. B. die Banken. Dafür fielen dann die Unterstützungen an die Angehörigen weg. Die Zahl der Kriegsteilnehmer war aber nicht sehr groß, denn die Verkehrsbeamten wurden ja auch in der Heimat dringend benötigt. Für Kriegsteilnehmer und andere Beamte bestimmte Forderungen zu stellen, ist nicht gut zugänglich und hätte bei den Behörden kaum Aussicht auf Erfolg.

Das Ruhegehalt kommt bei der Forderung der Entschuldungssumme nicht in Frage, denn bei dem jetzigen Gehalt könnte der Beamte auch ohne das nichts für die Zukunft zurücklegen, er macht also keine Ersparnisse, die er zur Bezahlung seiner Schulden verwenden könnte. Auch unter normalen Verhältnissen zahlte der Staat mit der Pension ja nur, was er den jungen Beamten, deren Entlohnung in den ersten 10—15 Jahren bekanntlich hinter dem Lohne dieser Handarbeiter zurückblieb, vorenthalten hatte.

Wenn darauf hingewiesen wird, daß es noch Millionen anderer Erwerbstätiger gäbe, die ebenfalls schlecht gestellt sind, so ist auch das richtig. Diese alle aber streben — genau wie die Beamten — nach Verbesserung ihrer Lage. Wir wollen doch auch nicht alle Arbeitenden gleich schlecht stellen, sondern gleich gut zu stellen suchen. Besonders die Postbeamten haben durch ihr maßvolles und besonnenes Verhalten — sie sind vielleicht die einzigen, die noch nicht gestreikt haben — gezeigt, daß sie ihre Macht nicht mißbrauchen wollen, um selbstsüchtige Forderungen durchzusetzen, sondern daß sie sich auf das unbedingt notwendige beschränken.

Bemerkung der Redaktion: Um irrigen Auffassungen vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, daß der Verfasser unserer ersten Notiz den Beamten das Recht, Entschuldungssummen zu fordern, nicht streitig macht, und daß er die Berechtigung einer solchen Forderung an sich anerkennt. Im wesentlichen kam es ihm doch nur darauf an, zu zeigen, daß die nicht bei Behörden und in Großbetrieben Beschäftigten leider nicht in der Lage seien, die Zahlung von Entschuldungssummen durchzusetzen. — Nachdem wir jetzt einer Entgegnung Raum gegeben haben, schließen wir die Diskussion über die Entschuldungssumme.

Beiderseitige Ablehnung des Bank-Schiedsgerichts.

Der Verband der Berliner Bankleitungen teilt mit, daß er wegen der gewichtigen Bedenken, die er schon während der Verhandlungen im Schlichtungsverfahren gegen wesentliche Teile des Schiedsspruches geäußert hat, sich nicht in der Lage sieht, den in Sachen des Tarifvertrages am 5. Juli gefällten Schiedsspruch anzunehmen.

Dachdecker-Tarifabschluss.

Nach langem Verhandeln ist es endlich gelungen, auch für die Dachdecker-Hilfsarbeiter einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Stundenlohn beträgt vom 1. Juli ab: Für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren 1,75 M. Ueber 18 Jahre als Anfänger 2,10 M. Für geübte Hilfsarbeiter, welche über drei Monate im Gewerbe tätig sind, 2,60 M. Für Arbeiter, welche ausschließlich nur mit Tragen beschäftigt werden, ist für die Zeit, wo letzteres in Frage kommt, eine Zulage von 20 Pf. pro Stunde zu zahlen. Aber andere richtet sich nach dem abgeschlossenen Tarif für das Dachdeckergewerbe.

Ueble Schädlinge der Eisenbahnerbewegung.

Zu der unter dieser Ueberschrift in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ abgedruckten Mitteilung des Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes sendet uns das Zentralratsmitglied Karl Förster-Potsdam folgende für seine Person abgegebene Erklärung:

1. Der Brief des Obmannes, auf den sich der Anariff stützt, ist eine rein persönliche Angelegenheit desselben. Ich habe, ebenso der Zentralrat, was auch dem Vorstand bekannt ist, von Anfang an Stellung gegen den Streik genommen. 2. Die Gelder, die uns zur Verfügung gestellt sind, sind soweit mir bekannt, ausschließlich für Lohn-, Tage-, Fahr- und Kautionsgelder zu den vereinbarten Sätzen gegen genaue Nachführung gezahlt worden.

Hungerlöhne.

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: Eine Bekannte von mir, welche in einem Puppengeschäft in Charlottenburg beschäftigt und eine erste Quarbeitlerin ist, bezieht ein Gehalt von monatlich 120 M., was in dieser Branche schon eine außerordentliche Bezahlung ist.

Außerdem möchte ich darauf aufmerksam machen, daß sie gezwungen ist, in den Sommermonaten 4—6 Wochen auf ihre eigenen Kosten auszugehen.

Sie ist das möglich — fragt der Einsender —, wo für einen einigermassen anständigen Damenhut 50 M. und mehr gezahlt werden müssen?

Wir antworten ihm: Weil sich seine Bekannte wahrscheinlich nie um ihre gewerkschaftliche Organisation, den Verband der Hutmacher, gekümmert hat, dem es gelungen ist, die Löhne auf einen wesentlich höheren Stand als den angegebenen zu bringen.

Uebrigens gibt es noch andere Verufe und hervorragende Firmen, die immer noch unzeitgemäß niedrige Löhne zahlen. Ein bei der Firma August Scherl beschäftigter Leser des „Vorwärts“ teilt uns mit:

Es haben hier bei den heutigen Verhältnissen männliche technische und kaufmännische Hilfskräfte ein Monatsseinkommen von 175 M., weibliche ungefähr 150 M. Hierfür wird natürlich ein äußerst pünktliches und flottes Arbeiten verlangt. Besonders interessant dürfte es für die Öffentlichkeit sein, daß diese Angestellten dieses „fürsichtige“ Gehalt erst seit einigen Monaten beziehen. Bis vor kurzem erhielten sie noch Tagesdiäten in Höhe von 3,50 Mark.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Morgen, Mittwoch, nachm. 4 1/2 Uhr, im Lokal von Frölich, Kantonenpromenade 18, am Kaiser-Friedrich-Platz: Mitglieder-Versammlung der Mitglieder des Bezirks Südwesten und Westen. Tagesordnung: 1. Bericht vom Vorstandstag. — 2. Bericht von der Generalversammlung. — 3. Die Beitragszahlung. — 4. Verschiedenes.

Am Freitag, den 18. Juli, abends 6 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 4: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Gewerkschaftstongreß. 2. Diskussion. 3. Entschweben zum Haupt- und Gauverband. Die Ortsverwaltung.

Kaufmännische Kasse der Betriebe in Oberhönnebeck und Umg. Am Mittwoch, 16. d. M., 1/2 5 Uhr, Versammlung in der Aula der Hönnebergschule, Oberhönnebeck. U. a. Bericht über die Tarifverhandlungen in der Metallindustrie.

Deutscher Musikerverband. Sektion Ensemblemusiker. Mittwoch, den 16. Juli, vormittags 10 Uhr, im Vereinshaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 21. Versammlung der Vertrauensleute der Kassenhausbetriebe. Vollständiges Erscheinen dringend notwendig. Die Sektionsleitung.

Verantwortlich für Politik: Artur Hölzer, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Kautzen; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. in Berlin, Lindenstr. 2. Preis 1 Blatt.

HERMANN

REISE
BÜRO

Leipziger Strasse — Alexanderplatz

Reisegepäck-Versicherung
Reise-Lager-Versicherung
Reise-Unfall-Versicherung

Eisenbahn-
Fahrkarten

zu amtlichen Preisen, ohne Zuschlag

Preiswerte Baumwollwaren

Musseline ca. 80 cm breit, grosse Ausmusterung Meter	5⁹⁰	Hemdentuch ca. 80 cm breit Meter	6⁹⁰
Zephyr ca. 80 cm breit, für Blusen und Hemden Meter	8⁹⁰	Renforce ca. 80 cm breit Meter	7⁷¹
Schleierstoff ca. 100 cm breit, in vielen Farben Meter	12⁵⁰	Luisianatuch ca. 80 cm breit, für Bettwäsche geeignet Meter	8⁹
Schweizer Stickereistoff (Voll-Volle) ca. 115 cm breit . Meter	19⁵⁰	Makotuch ca. 80 cm breit, für Damenwäsche Meter	9⁷

Waschstoffe

ca. 80 cm bis 110 cm breit und zwar:

Schleierstoffe, Zephyr, Kattun bedruckt, Krepon bedruckt, Perkal bedruckt usw. Meter **7⁹⁰**

Goldfüllfeder Echtes Gold, in Diamant Iridium-Spitze

35 Mk. Laurelia Nachh.

Sicherheits-Halter 15 cm lg. **35 Mk.** 12 Wochen Umtauschrecht Alle Systeme.

FINK Reparaturen aller Systeme Friedrichstr. 74 Berlin V. 183

Prospekt wie immer **Gratis.**

Naturstahl ca. 500 kg. versinkt, in verschiedenen Dimensionen, hat preiswert abzugeben Andreas Plum, Berlin, Rippenstr. Straße 92, Fernspr. Moritzplatz 19820.

Kentucky-Kautabak besten Fabrikat, reif, Ware in Glanz zu 50 und 75 Pf. liefert laufend

Rudolf H. Ernst Hamburg 1 K, Spaldingstr. 83/84

Kantjucken! bes. in d. Bettwärme zu läst. Kratzen reizend, rote Punkte, kl. wässrige Bläschen, Krätze heilt völlig Apoth. Schanz Hautauschlagsalbe. 2 Töpfe (zu einer Kat unbedingt erforderlich!) 6 M. Glanz-Heilberichte Versand per Nachn. nur durch Apotheker Schanz, Emsieder bei Chemnitz L. Sa. 37. 55/17

Ledertasche verloren im Auto Leipziger Straße—Rollenbergplatz oder Stilmagen Rollenbergl. — Besitztler: Frau, Inhalt wertlos für Fremden. Emil Sohn, Ruppiner Weg 2, Ueberlingerstr. 50 M. Belohnung.

Zigarren aus reinem Tabak

In allen Preislagen von 70 Pf. an.

Zigarillos, reiner Rauchtobak, lose und in Paketen. Echte Schweizer Stumpen.

Gustav Haase Nachfg. (Inh. K. Schwarz) Berlin, Neue Königstr. 86 und Neanderstr. 38.

Nationalversammlung zu Weimar

58. Sitzung, Montag, den 14. Juli 1919, nachmittags, 8 Uhr.

Am Regierungstisch: Erzberger, Dr. David. Präsident Hehenbach eröffnet die Sitzung. Vizepräsident Schulz (Soz.) hat sein Mandat als Vizepräsident niedergelegt, weil er Unterstaatssekretär geworden ist. Das Haus lehnt die Beratungen über die Wahlprüfungen fort. Abg. Dr. Raschig (Dem.) berichtet über die Wahl im dritten Wahlkreis (Stadt Berlin). Die aus diesem Wahlkreis vorliegenden Proteste richten sich gegen die Wahlzettel der Liste Scheidemann, weil diese die seitgedruckte Ueberschrift „Liste der sozialdemokratischen Partei“ getragen haben. Der Wahlprüfungsausschuss erklärt in der genannten Ueberschrift kein Kennzeichen im Sinne des Wahlgesezes und hat die Stimmzettel für gültig erklärt. Die Zahl der früher für ungültig erklärten Zettel reicht aber für Veränderungen in der Zahl der Mandatsträger nicht aus, deshalb schlägt der Wahlprüfungsausschuss einstimmig vor, die Berliner Wahlen für gültig zu erklären. Abg. Bruhn (Dnat. Sp.): Die Kennzeichnung der Wahlzettel in Berlin war ein Ausfluß des...

revolutionären Geistes,

der glaubte, sich alles leisten zu können. Diese Kennzeichnung war unzulässig.

Nachdem sich noch die Abgeordneten Neumann-Hofer (Dem.), Hartmann (Dem.) und Schmidt-Sachs (Soz.) im Sinne des Ausschusses ausgesprochen hatten, wird der Antragsantrag angenommen.

Präsident Hehenbach: Der Ältestenausschuss hat über die Geschäftsfrage gesprochen und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß, wenn es mit den Reden in der bisherigen Weise fortgeht, wir unserer Aufgabe nicht gerecht werden können. Wir kommen auf die Weise in die peinlichste Situation, um so mehr, da nun auf der anderen Seite die Herren vom Lande den Wunsch ausdrücken, zur Ernte nach Hause fahren zu können. Ich stelle den Herren daher dringend anheim, nur...

die wirklich notwendigen Reden

zu halten und sich im übrigen mehr an die Tat der Abstimmung zu halten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Wahlen in den Bezirken Ostpreußen, Breslau, Hamburg, Bremen, Stade und die Nachberufung der Abg. Thurov-Rotdam, Wachmeister-Riederhagen, End-Sachs sowie die Wahl in Hannover-Hildesheim werden gemäß dem Antrage des Ausschusses für gültig erklärt.

Die Akten der Wahl in Münster-Minden werden auf Antrag Rubell (L. Soz.) der Staatsanwaltschaft übergeben, die Wahl aber nichtsdestoweniger für gültig erklärt. Für gültig erklärt werden weiter die Wahlen in Arnberg, Köln-Aachen, den beiden mittleren bergischen und dem thüringischen Wahlbezirk.

Die Abstimmung über die Gültigkeit der Wahl im Bezirk Düsseldorf wird wegen der schwachen Besetzung des Hauses auf morgen vertagt.

Es folgt die Beratung eines Gesetzes über die erhöhte Anrechnung der...

Kriegsdienstzeit.

Das Gesetz will die vom 1. August 1914 bis zum 31. Dezember 1919 im Reichs- oder Militärdienst von Nichtkriegsteilnehmern zurückgelegte Dienstzeit, sofern sie mindestens sechs Monate betragen hat, zu dem anderthalbfachen Betrage bei der Berechnung von Ruhegehältern und Renten anrechnen. Dazu geht ein Abänderungsantrag Mittelmann (D. Sp.) ein, die Zeit doppelt anzurechnen.

Nach kurzen zustimmenden Ausführungen der Abg. Delius (Dem.), Steinlopf (Soz.), Koch-Münster (Zentr.), Degler (Dnat. Sp.) und Dr. Mittelmann (D. Sp.) wird das Gesetz dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Es folgt die Interpellation Luer und Genossen (Soz.):

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um der schreienden Not der Zivil- und Militär-Rentenempfänger schnellstens abzuhelfen?

Abg. Meier-Sachs (Soz.) begründet die Interpellation. Unter der Leuerung und der furchtbaren Geldentwertung hat niemand mehr zu leiden als die Rentenempfänger. Ihnen muß geholfen werden, und zwar sofort, entweder durch eine Er-

Erleuchtung.

18] Roman von Henri Barbusse. Verdeutscht von Max Goddard.

Frau Piot hat die Kerzen umgestellt. Um das Sinn der Toten zu halten, hat sie ihr ein Tuch umgelegt. Nun ist dieses Gesicht von dem Handtuch umrahmt, das auf der Schädeldecke einen Knoten bildet. Und es liegt in der Wollenschicht der grauen Haare. Das Gesicht ist anzusehen gleich einer grün-bronzenen Maske, aus der eine Hafennase und ein gläsernes Augenmal hervorstechen. Die Arme stoßen zwei spitze Kanten in das Bettuch. Das Auge folgt den hageren Stäben der Schienbeine und die beiden Füße heben die Decke hoch wie zwei eingeseilte Änuse.

Langsam schiebt sich Mario zum Fortgehen an. Sie hat ihre Bluse wieder geschlossen und den Mantel angezogen. Nun ist sie wieder ganz verhüllt. Sie kommt auf mich zu, noch arbeitet der Schmerz in ihr. Für den Augenblick sind ihre Tränen verstopft. Sie redet nicht, sie lächelt mich an. Ich richte mich empor zu ihr. Meine Hände zittern ihrem Lächeln entgegen, als wenn ich danach greifen könnte, und darauf zerfließen die Vergangenheit und das Wesen meiner zweiten Mutter.

Und als die Nacht vergangen ist, und als das erloschene Feuer nicht mehr wärmt, da machen sich nach und nach die Weiber fort. Eine Stunde, zwei Stunden, ich bleibe allein. Ich wandle hin und her, her und hin, und ich schaudere, da ich die Tote noch einmal betrachte. Meine Tante ist nicht mehr. Von ihr bleibt nur noch irgend ein weifenloses Etwas, etwas Zerstückeltes, etwas tief Erdenfarbenes. Und der Platz, den sie eingenommen hat, ist verödet. Und jetzt stehe ich neben ihr, und ich sehe allein! Allein und vergrößert durch meine Trauer, Herr über meine Zukunft, angeschauert von den neuen Zeiten, die nun kommen wollen.

Endlich wird es dämmerfahl vor dem Fenster, dämmergrau an der Zimmerdecke. Das sind die ersten Spuren der Helligkeit, in die noch der Lichtkreis der Kerzen hineinragt.

Ich fröstelte gewaltig. Ich stehe in dieser Dämmerung, die mich umbräut und in dem Herzen dieses Zimmers, das meine Heimat schon seit ewigem gewesen ist, und ich ergaube...

höhung der Zuschläge oder durch einmalige Beihilfe. Dringend not tut ferner ein beschleunigtes Rentenverfahren. Eine Anpassung der Renten an die Einkommensverhältnisse des Rentenberechtigten und eine Verzinsung der Hilfsdienstpflichtigen auf der Grundlage des Mannschaftsversorgungsgesetzes, auf diesem Gebiete zu sparen, wäre

Sparbarkeit am falschen Platz.

(Beifall.) Arbeitsminister Schäde: Zweifellos sind die gegenwärtigen Rentenbezüge unzureichend. Aber für den Augenblick sind weder die Versicherungsträger, denen allein die Zuschläge bis zum Ablauf des Jahres 1919 eine

Mehrausgabe von 220 Millionen

verursacht haben werden, noch das Reich in der Lage, größere Mittel bereitzustellen. Ich habe daher im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die fürsorgebedürftigen Renteneempfänger auf die Kriegsmobilitätspflege, an deren Kosten ja das Reich mit einem Drittel beteiligt ist, verweisen müssen. Außerdem habe ich die Gemeinden noch einmal besonders anweisen lassen, ihre Pflicht zu tun. Im übrigen beabsichtige ich schon in aller nächster Zeit, womöglich noch vor der Vertagung der Nationalversammlung, einen Gesetzentwurf einzubringen, der einer erhöhten Fürsorge der Rentenempfänger Rechnung trägt.

Major v. Werder legt namens der Herrensverwaltung eingehend dar, wie schon durch eine Reihe von Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung für die versorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterlassen gesorgt sei. Die gründliche Reform der Militärversorgungsgesetze ist in Arbeit und wird mit aller Beschleunigung durchgeführt werden. Hierbei werden

die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenorganisationen zur Mitarbeit herangezogen.

Auf Antrag des Abg. Lüse (Soz.) findet die Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Götting (Z.): Es ist eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes, die materielle Not von denen fernzuhalten, die dem Vaterland die größten Opfer gebracht haben. Bei diesen Fürsorgemaßnahmen müssen die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen selbst gehört werden. Vor allem muß den Kriegsbeschädigten Arbeit beschafft und müssen sie vor Entlassungen aus der Arbeit geschützt werden. Für diese Rentenempfänger zu sorgen, muß der erste Grundgedanke unserer Sozialpolitik sein.

Abg. Erkelens (Dem.): Wünschenswert ist amtliche Auskunft über den Stand der Arbeiterversicherungskassen. Eine Erhöhung der Beiträge ist ausgeschlossen, dennoch müssen die Bezüge erhöht werden. Die wichtigste Aufgabe ist

die Beschaffung von Arbeit.

die Vorbereitung passender Berufe für die Invaliden. Das Kapitalabfindungsgesetz sollte nicht bloß ausschließlich auf den Grundbesitz zugeschnitten bleiben. Auch eine Entschädigung der Kriegsgefangenen, ebenso eine Erhöhung der Entschädigung für die Veteranen der früheren Kriege ist wünschenswert. Die Regierung muß den ganzen Ernst dieser Frage erfassen.

Abg. Behrend (Dnat. Sp.): Die Entschädigungsfrage ist keine Parteifrage; sie muß ein Erkenntnis der Nationalversammlung zu einer ausreichenden und angemessenen Versorgung der Kriegsbeschädigten werden. Das damit angechnittene Gebiet ist aber so weitausläufig, daß wir eigentlich nur eine grundsätzliche Zustimmung zu solchen Bestrebungen aussprechen können. Da die Revolutionsregierung sogar den Deserteuren die Röhnung nachgezahlt hat, ist es nicht zuviel verlangt, wenn auch die Kriegsgefangenen sie erhalten.

Abg. Winnefeld (Dnat. Sp.): Die während des Krieges eingezahlten Lohnzuschüsse machen auch eine Änderung der Renten erforderlich.

Abg. Frau Kies (L. Soz.): Wir verlangen eine grundlegende Reform des gesamten Versicherungswesens.

Abg. Frau Meise (Soz.) bespricht vor allen Dingen die Notlage der Kriegshinterbliebenen, der Infallberlehten und der Invaliden. Es ist nicht zu bestreiten, daß

Kriegswitwen mit Kindern

von ihren Renten nicht einmal die rationierten Waren kaufen können. (Sehr richtig!) Das Vaterland hat die Verpflichtung, gerade über die Hinterbliebenen unserer gefallenen Krieger seine schützende Hand zu breiten. Das gleiche gilt von den

Kriegsbeschädigten.

Was wir ihnen zu geben vermögen, macht nur ein Geringes dessen aus, was sie uns gegeben haben. (Lebhafte Beifall.) Deutschland

das Bildnis einer Frau, die neue Heimat darin nehmen soll. Sie soll am Ramin sitzen, in dem ein frühliches Feuer prasselt, sie soll umgletet werden vom Purpurschein, sie soll ein helles Kleid tragen, umgötet soll ihr Antlitz werden, sie soll ihre Hände, die schön und durchsichtig wie Flammen sein müssen, hinstrecken zur heimischen Feuerstätte. In Dämmerduster stehe ich, und lausche nach ihr, und ich lauwere nach ihr, und ich blide suchend nach ihr aus.

Die beiden folgenden Nächte vergingen in einer traurigen Starrheit. Nur der Schwarm der Lotenkerzen warf etwas Scheinleben in die Dinge. In diesen beiden Tagen brachte mir mancherlei Geschäftigkeit Zerstreuung. Das war erst der Verzweiflung voll, dann war es trübselig.

In der letzten Nacht öffnete ich das Schachtelchen meiner Tante. Man hatte es immer das Schachtelchen genannt. Es stand auf der Kommode mitten in einem beträchtlichen Wirrwarr. Ich fand altertümliche Topasenhöringe und ein Goldkreuz aus weit weiter Zeit, schwächlich war es und schmal, das kleine Kind oder das junge Mädchen hatten das Schmuckstück getragen. Dann lag dort mein Kinderbild, behütet wie ein Heiligenbild, eingewickelt in Seidenpapier. Und endlich eine Schreibseite, die aus einem meiner alten Hefte herausgerissen war. Lantchen hatte sich nicht entschließen können, das Ganze fortzuwerfen. Das abgeschabte, durchsichtige und verknüllte Papierblatt war leicht wie eine Altpfeife, und man konnte auch glauben, daß es sehr kostbar sei. Das waren alle Schätze, die meine Tante ausgehäuft hatte. Dieses Schachtelchen enthielt die Armut ihres Lebens und den Reichtum ihres Herzens.

Am Tage des Begräbnisses regnete es in Strömen. Der Schwarm der Leute nahm gar kein Ende und hörte gar nicht auf das Kommen und Gehen der Weiber, deren Klage den weiten Kellerraum des Totenzimmers erfüllte. Um 2 Uhr wurde die Leiche in den Sarg gelegt. Dann trug man den Sarg auf den Flur, auf dem die Besucher Spuren von Erde und Schmutz zurückließen. Man wartete noch auf einen Kranz, der sich verspätet hatte. Hierauf wurden die Regenschirme geöffnet und im dunklen Herdentritt machte sich das Trauergefolge auf den Weg.

Als man die Kirche verließ, war es bald 4 Uhr. Der Regen hatte noch nicht aufgehört, und auf jeder Seite des

ist ein armes Land geworden, aber die Invaliden des Krieges und der Arbeit darf es nicht vergessen. (Beifall.)

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt. Präsident Hehenbach bemerkt, daß der nächste Gegenstand der Tagesordnung sehr schnell erledigt sein werde, denn die Juristen seien sich darüber einig. (Beifall.)

In erster, zweiter und dritter Beratung wird der von dem Abg. Dr. Taucher (Zentr.) eingebrachte Gesetzentwurf, daß die Bestimmungen über die Erhöhung des im Urteil ausgesprochenen Betrages infolge wesentlicher Veränderung der Verhältnisse der Vertragschließenden auch Anwendung auf die von einem deutschen Gerichte abgeschlossenen Vergleiche über Leistungen und auf die Schuldtitel Anwendung finden, angenommen, nachdem Abg. Dr. Gohn (Unabh. Soz.) rückwirkende Kraft dafür gewünscht hat, aber der Antragsteller Dr. Taucher sowie Scheinrat Zweigert als Vertreter der Reichsjustizverwaltung bemerkt haben, daß in der Fassung des Antrags die rückwirkende Kraft bereits liegt.

Auf den Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Lage im Kohlenbergbau und die Kohlenversorgung beschließt das Haus eine längere Resolution, in welcher Vorschläge zur Erhöhung der Kohlenproduktion und der Kohlenbelieferung gemacht und die Regierung ersucht wird, einen Arbeitsplan für die baldige Ueberführung der Kriegskohlenwirtschaft in die Friedenswirtschaft vorzulegen.

Auf den Bericht betreffend Wirt. und Bedwaren beschließt das Haus, die Reichsregierung um Wüderung der Verordnung bezüglich des Verbotes einer besonderen Beschleunigung des Verkehrs von Strid, Wirt. und Bedwaren zu ersuchen.

Nächste Sitzung: Dienstag vormittag 9 1/2 Uhr.

Groß-Berlin

Vollzugsrat Groß-Berlin.

Protest der Minderheit.

Der Vollzugsrat beschäftigte sich am Montag mit den Vorkommnissen in der Heilstätte Beelitz, wo der Arbeiterrat unter Aufgebot des Garde-Kavallerie-Schützenkorps seines Postens entbunden und abgeführt, sowie die Anstalt selbst von Soldaten besetzt worden ist. Der Vollzugsrat beurteilt es auf das allerentschiedenste, daß zur Schlichtung von Differenzen, die aus der Tätigkeit der Arbeiterräte entstehen, Militär herangezogen wird. Der Vollzugsrat ist vielmehr der Ansicht, daß nur er berufen ist, Differenzen, die aus der Tätigkeit der Arbeiterräte entstanden sind, zu regeln. Zur Prüfung der dem Arbeiterrat nachgefolgten Entschuldigungsverfahren wird eine Kommission gewählt.

Die vor einigen Tagen stattgehabene Verhandlung der Kommission des Vollzugsrats mit dem Kabinett in Weimar führte zu keinem Ergebnis. Es wurde beschlossen, erneut mit dem preussischen Ministerium des Innern und dem Reichswehrminister Roste zu verhandeln.

Weiter wurde beschlossen, zum

Sonabend eine Vollversammlung

mit folgender Tagesordnung einzuberufen:

- 1. Erledigung der Beschlüsse der Vollversammlung.
2. Die Tätigkeit und Finanzierung des Vollzugsrats und der Arbeiterräte.

Hierzu erfahren wir: Zum Dank für ihre Bemühungen um die Freilassung der letzten verhafteten Vollzugsratsmitglieder wurden unsere Genossen in der niederträchtigsten Weise beschimpft. Sie erklärten darauf unter Anschlag der Demokraten, sich zwar an der zur Regelung von Personalfragen eingesetzten Kommission, aber an keiner zu Verhandlungen mit der Regierung bestimmten Kommission zu beteiligen.

Achtung Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene!

Die Bureauräume der Versorgungs-Abteilungen der Bezirkskommandos I-VI, Bülowstraße 88, bleiben infolge der Arbeitsniederlegung der Angestellten bis auf weiteres geschlossen. Die Arbeitsniederlegung hat folgenden Anlaß: In den Versorgungsabteilungen wurde der Geldnisshrein, der Reichswehr beizutreten, vorgelegt, dessen Rückunterzeichnung die sofortige Entlassung nach sich ziehen sollte. Die Verhandlungen mit dem Kriegsministerium haben keine Klärung der Personalfrage herbeigeführt. Es befinden sich unter den Angestellten der Versorgungs-Abteilungen eine große Anzahl Kriegsbeschädigter und Familienväter, denen man einen Eintritt...

langsam vorwärts gehobenen Zuges rieselten kleine Bäcklein zur Straße hinab. Es gab viele Blumen. Der Leichenwagen hatte ein schönes und farbiges Aussehen. Zahlreiche Leidtragende waren gekommen. Ich blidte mich oft um. Ich sah besonders den alten Eudo, der, eingewickelt in seine schwarze Pelermine und gebückt wie ein Kabe, durch den Schmutz trippelte. Marie ging zwischen den Frauen in der zweiten Hälfte dieser Menschenreihe, über der das leichte, rieselnde Regenschirmdach schwanke, und die der Leichenwagen unregelmäßig und stoßweise hinter sich herschleppte. Des Mädchens Schritt war wie gebrochen. Sie dachte nur an unsere Trauer. Da der Abend so häßlich war, verblüffte sich alles noch mehr in meinen Augen.

Unter den Wasserlachen ist der Friedhof ganz verschlammmt. Das Menschengestampfe verursacht ein zähfließendes Geräusch. Stahl und wie gelähmt stehen die Bäume da. Verschlammmt wie ein Sumpf ist der Himmel, ganz überfüet ist er von Raben. Der Sarg, der jetzt die gestaltlose Menschengefaltung trägt, wird vom Wagen herunter gehoben und gesenkt in das frische Erdreich.

Die Leidtragenden wandeln vorüber. Marie und ihr Vater stellen sich neben mir auf. Ich danke einem jeden mit gleicher Eintönigkeit. Das hilflose Gebaren, das enttäuschte Gesicht, bei jedem ist es das Gleiche. Die Worte, die sie heranzuführen, bei jedem ist es das Gleiche. Sie wandeln vorbei an mir und schütten vor mich aus ihre finstere Unformigkeit. Vom Schloß ist niemand gekommen, aber sonst sind ja sehr viele Menschen da, und alles das bemüht sich um mich, ich fasse wieder Mut.

Herr Luzjan Boglan kommt auf mich zu. „Lieber Herr Paulin,“ redet er mich an, er bringt mir das Belleid seiner Verwandten und aller Wille sind auf uns gerichtet.

Joseph Boneas sagt zu mir: „Lieber Freund.“ Das rührt mich sehr. Herr Pocard meint: „Hätte man mich rechtzeitig benachrichtigt, ich würde einige Worte gesprochen haben. Schade, schade...“

Anderer stellen sich ein. Dann sieht man nur noch die Menschentrüben, die durch den Regen, durch den Abend und den Wind wandern.

„Es ist zu Ende. — Nach Hause!“

Marie hebt ihr tränengebadetes Gesicht zu mir empor. Sie ist sanft, sie ist zart, sie ist unglücklich, aber sie liebt mich nicht. (Fortf. folgt.)

die Reichswehr, die doch schließlich Kampftruppe ist, nicht zumuten kann. Durch die vorerwähnte Bestimmung würden alle diejenigen weisungslos werden, die der Reichswehr nicht beitreten wollen. Im übrigen ist die Entlohnung für die Bureauangestellten recht niedrig, was selbst von den zuständigen Behörden bei den Verhandlungen ohne weiteres anerkannt wurde. Die Bezüge betragen für Unverheiratete circa 210 M., für Verheiratete circa 230 M. monatlich. Aus diesen rein wirtschaftlichen und wohl allgemein verständlichen Gründen, sowie wegen der dauernden Verschleppungstheorie der Behörden die Lohnbewegung ist schon seit Januar im Gange, haben die Angestellten der Versorgungsabteilungen einstimmig beschlossen, bis zu einer endgültigen Entscheidung über ihre Stellung und Entlohnung die Arbeit niederzulegen. Die Angestellten der Versorgungsabteilung legen die Arbeit nur sehr ungern nieder, da sie sich wohl bewußt sind, daß dies einer Sabotage an den Interessen der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen gleichkommt. Diese Sabotage ist aber heraufbeschworen worden durch aufreizende Form und Inhalt der von den vorgeleiteten Behörden erlassenen Bestimmungen, die zurzeit dahin gehen, die Arbeitszeit ohne gleichzeitige entsprechende Entlohnung zu verlängern. Die Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen brauchen daher ihre Anliegen nicht eher vorzubringen, bis die Wiederaufnahme der Arbeit in den Zeitungen bekanntgegeben wird. Verhandlungen, die eine Klärung bringen sollen, werden von den Angestellten der Versorgungsabteilungen trotzdem angestrebt werden.

Die neue Sicherheitspolizei.

In verschiedenen deutschen Großstädten werden neue Polizeiorganisationen ins Leben gerufen, die den Zweck verfolgen, Leben und Eigentum der Staatsbürger zu schützen. Die neue Polizei benötigt tüchtige und rechtlichoffene Männer und soll sich vornehmlich aus früheren Unteroffizieren zusammensetzen. Unteroffizieren, die infolge der Heeresverringerung aus der preussischen Armee, der Reichswehr und den freiwilligen Organisationen ausscheiden, bietet sich in der neuen Polizei eine Lebensstellung.

Bedingungen zur Einstellung: Alter 20—25 Jahre, Höchstaltergrenze 30 Jahre, kräftiger Körperbau, mindestens 1,70 groß, möglichst unverheiratet und freiberwerbend. **Dienstgrade:** 1. Hauptwachmeister, 2. Zugwachmeister, 3. Oberwachmeister, 4. Postwachmeister, 5. Unterwachmeister. **Gebühren:** Unterwachmeister 9 M., täglich höhere Dienstgrade und Beurlaubte entsprechende Zulagen. **Zivilversorgung:** nach 12jähriger Gesamtdienstzeit in Armeen, Marine, Reichs- oder Marine- und Sicherheitspolizeimannschaft und Dienstprämie von 1500 Mark.

Unteroffiziere und Kapitulanten, die ihren Wohnsitz in Groß-Berlin, Potsdam, Spandau usw. haben, wollen sich persönlich vorstellen. In Auswärtigen verbleibenden die Stellensstellen der Sicherheitspolizeimannschaft einen Fragebogen, nach dessen Ausfüllung und Eingabe ein Fragebogen nach Berlin überspielt wird.

Meldestellen: Berlin-Zentrum, Prinz-Friedrich-Straße, Alexander-Kaserne Ost, Zimmer 49; Berlin SW., Friedrichstraße 4, Berlin-Woosid, Zimmer 98, Neues Kriminalgericht, Zimmer 157, Berlin SW., Friesenstraße 16, am Tempelhofer Feld, August-Kaserne, Zimmer 66, wofür alle weiteren Zusätze in der Zeit von 9 bis 3 Uhr werktags bereitwillig erstellt werden. Geeignete Offiziere, die das 20. Lebensjahr überschritten haben und sich als obere Beamte betätigen wollen, wollen sich beim Kommandostab — Neues Kriminalgericht — melden.

Weber die Bekleidung der neuen Sicherheitspolizei des Berliner Polizeipräsidiums übergeben zugeht im Ministerium des Innern Verhandlungen. Man geht dabei von dem Grundgedanken aus, die Sicherheitspolizei rein äußerlich schon in der Uniform von der Reichswehr zu unterscheiden, mit der sie als „rein preuß. Beamtenhaft“ nicht zu tun hat. Andererseits will man die heute noch vorhandenen Bekleidungsstücke des alten Heeres nach Möglichkeit ausnutzen. Die Bemühungen des Ministeriums des Innern werden vom Kriegsministerium im weitestgehenden Maße unterstützt. Die Grundfarbe der neuen Uniform wird grün sein.

Trohender Lohnkampf im Milchgewerbe.

Infolge der allgemeinen Preiserhöhung wurde vor einiger Zeit der Milchpreis erheblich herabgesetzt. Jetzt verlangen, wie eine Korrespondenz berichtet, die Arbeiter und Angestellten der Molkereien eine etwa 100 Proz. höhere Entlohnung als bisher, ferner die Einführung der 42-Stunden-Woche. Die Arbeiter, die bisher 50 bis 65 M. pro Woche verdienen, verlangen jetzt 135 M., und die Einführung der 42-stündigen Arbeitswoche. Bezahlung der Arbeiter und Sonntagarbeit, Tagelohn, 100 M. und 42-stündige Arbeitszeit, am Sonntag nicht länger als drei Stunden, was gerade im Milchgewerbe undurchführbar sei. Die Angestellten fordern 350 M. für Kontoristinnen, 450 M. für Kontoristen, 500 M. für Buchhalter und 600 M. für Doermerier und Inspektoren. Bei einer Beratung mit dem Staatsrat erklärte die Herrschaft, daß diese Forderungen der Stadtkasse jährlich mit etwa 20 Millionen belasten würden. Eine Bewilligung der Forderungen würde eine Verteuerung der Milch um 9 Pfennig pro Liter bedeuten. Es sei aber unmöglich, die Verbraucher abermals zu belasten, da man die Preiserhöhung gemacht habe, daß in zahlreichen Milchgeschäften in Berlin Kammissionen, die mehrere Sorten zur Entnahme von Ball- oder Magermilch besitzen, nicht mehr das volle Quantum abnehmen! Die Stadt Berlin müßte also den Milchpreis aus ihrer Tasche decken, da die Herrschaft Groß-Berlin über kurz oder lang sich auflösen wird, sobald die Herrschaften aus dem Ausland sich weiter erhöhen lassen.

S. P. D.-Arbeiter, Soldaten- und kommunale Arbeiterräte!

Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, im großen Saal des früheren Herrenhauses.

Versammlung.

Die sehr wichtige Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Der Fraktionsvorsitzende, Hanse.

Arbeiterräte der Kriegszusammenschlüsse! Heute, Dienstag, vormittags 9 Uhr, im Volksgartengebäude. In den Zellen 28, Saal 5, Sitzung. J. A. Gürschke.

Vollzugsauskunft der Metallindustrie. Sitzung morgen, Mittwoch, abends 6 Uhr, in den Zellen 28.

Unverbürgtes vom Tage.

Die „Körperlichen Gründe“, mit denen die Streikleitung der Straßenbahner ihren Rücktritt begründet hat, sollen ampehlich darin liegen, daß die Streikleitung nicht mehr laufen kann; sie darf sich aber natürlich nicht irgendeines Ersatzfahrwerks bedienen.

Die Ferienspiele werden Mittwoch und Sonnabend nachmittags für die Schüler, Montag und Donnerstag für die Schülerinnen von 4—6 Uhr nachmittags (im Friedrichshain von 3 1/2—5 1/2, an der Schönhauser Allee von 3—5, im Humboldtshain für Mädchen von 2 1/2—4 1/2) abgehalten für Knaben: 1. zwischen Urbanstraße, Platz am Urban und Wilmstraße 14a, 2. am Fuße des Arenaberger, 3. Treptower Park, Platz 8 am Potsdamer H. C. Platz, 4. Treptowerpark des Telegraphen-Bataillons, Boulevarde, 5. Grundstück Friesenstr. 49/54 und Bankstr. 11—12, 6. Grundstück Bremer Str. 22/32, 7. Treptowerpark, hinter der Mauer-Kaserne, 8. Schülerwiese im Schillerpark, 9. Friedrichshain, 10. Humboldtshain, 11. Schönhauser Allee (einfame Gasse). — Für Mädchen: 1. Urbanstraße (Platz am Urban und Wilmstraße 14a), 2. Bremer Str. 22/32, 3. Humboldtshain, 4. Aroutstraße 49, 5. Schönhauser Allee (einfame Gasse), 6. Wilmstraße 49/54 und Bankstr. 11/12. Mögen Eltern es sich angelegen sein lassen, ihre Kinder im Interesse der Hebung des Gesundheitszustandes zur Beteiligung anzuhelfen.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen steht unmittelbar bevor. In deren dringendem Interesse wird jeder, der einen Kriegsgefangenen in seinem Hause erwartet, aufgefordert, einen bezüglichen Vorbericht bei der zuständigen Brotkommission einzuholen und nach Ausfüllung an die Kriegsgefangenenheimkehr, Berlin C. 2, Schloßplatz 1, abzugeben.

In Berlin sind bereits durch das Kriegsministerium eine Anzahl von Gebäuden, die bisher militärischen Zwecken dienten, bereitgestellt worden, um die Ankommenenden in würdiger Weise unterzubringen. Das Reichsernährungsministerium will besondere Verpflegungsläden gewähren, auch während des abtödtlichen Urlaubs. Die Kommandantur Berlin soll für die Unterhaltung der Gefangenen Sorge tragen und Theaterlokale usw. verteilen. Um besonders durch die Gefangenschaft Geschwächten Erholung zu gewähren, sind die noch bestehenden militärischen Erholungsheime nach Möglichkeit geräumt worden.

Secretariat für militärische Ausklärung. Juristische Sprechstunde jeden Dienstag und Freitag nachmittags von 5 1/2—6 1/2 Uhr.

Wer ist die Tote? Aus dem Landwehrkanal gefahret wurde Mahndauer 8 die Leiche einer unbekannt Frau von 50 bis 55 Jahren. Die Leiche hat graumeliertes Haar und ein feines Gesicht und trug einen blauen Rock, schwarze Bluse und schwarze Schürze, schwarzen Mantel, braune Strümpfe und schwarze Schuhe.

Eine Kinderleiche wurde von spielenden Kindern an dem Bauzaun der Untergrundbahn in der Hofmannstraße gefunden. Annehmend Kindesmord.

Der Raubmörder Maß, der gemeinsam mit dem Matrosen Will; Geschen des Privatier Ernst Gudox in der Nachtstraße erwarbete und in Glau bei Trebbin gefangen wurde, ist dem außerordentlichen Kriegsgericht vorgeführt worden. Maß wiederholte sein Geständnis. Er hatte sich nach der Tat zunächst in Berlin versteckt gehalten und war dann in ein Archibyllen-Regiment eingetreten, wo ihn die Kriminalpolizei ermittelte und festnahm.

Zwei jugendliche Straßendiebe wurden im Treptower Park auf freier Tat ergriffen. Der 17jährige Ernst Fischer und der 15jährige Franz Weber, beide ohne Arbeit, waren überlegungslos im Treptower Park alleingehende Damen zu überfallen und zu berauben. Als sie zur Ausübung ihres Planes schritten, wurden sie gleich gefasst.

Lichtenberg, Ferienspiele und Ausflüge. Während der Ferien täglich Spiele für Schulkinder und Tagesausflüge. Es wird vormittags von 9—11 und nachmittags von 4—6 Uhr auf 4 Plätzen gespielt. Die Leitung liegt in Händen dieses Lehrers. Kinder übersehen gar leicht die gute Absicht und den Segen solcher Maßnahmen, deshalb sollten die Eltern ihre Kinder fortgesetzt zur Teilnahme zu veranlassen suchen. Den Ausflüglern hat der Magistrat Zuschüsse von Brot und Fett zugebilligt.

Schöneberg, Die Stadtverordnetenversammlung hatte Montag eine Lebensmitteldebatte. Eine Anfrage der kleinen Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung forderte Auskunft über den Bedarf von Kartoffeln und Mehl in den Lägern der Stadt und über die Höhe des Schadens. Die Auskunft des Magistratsdirektors und Darlegungen mehrerer in der Lebensmittelversorgung tätigen Stadtverordneten entlasteten den Magistrat. Von Kartoffeln seien nur mäßige Mengen vorhanden, und zwar sehr wenige in den Lägern der Stadt. Der größte Teil der verordneten Kartoffeln sei bereits schon so angekauft worden. Die Stadt habe die Ware in diesem Zustande abnehmen müssen, weil die Lieferantenteile sonst die Lieferungen ganz eingestellt hätten. Es sei übrigens noch möglich gewesen, die verordneten Kartoffeln größtenteils zu billigerem Preis als Viehfutter zu verwenden. Sehr ungünstig äußerte sich der Magistratsdirektor besonders über die aus England bezogenen Kartoffeln, für deren Beschaffenheit die Richter nur bis Kottbus eine Verpflichtung übernommen hätten. Auch von dem Mehl sei nicht viel vorhanden, wenn man die Gesamtmenge des Mehlverbrauchs in Betracht zieht. Das Mehl der vorjährigen Ernte sei ungewöhnlich feucht gewesen, so daß es zum Verderb neigte. Der sozialdemokratische Redner erwähnte hierbei, daß Kontrollen des Brotgewichts bei 145 Broten ein Gewichtsmanko ergaben von durchschnittlich 110 Gramm pro Brot. (Beimessen.) Der Magistratsdirektor teilte mit, daß die staatliche Verteilungsstelle nach Aufhebung der Notlage schnellste und reinste Verteilung der noch vorhandenen Mehlbestände angekündigt hat. Weber die Frage der Verkaufthöhe will der Magistrat in einer späteren Sitzung sich äußern. — Bei einer Nachforderung von Mitteln für das Fuhrwerk rügten die Unabhängigen, daß wegen des Verkehrsrechts die zu Lebensmitteltransporten bestimmten Fuhrwerke der Stadt zur Personenbeförderung verwendet worden sind. (Zuruf: Streikbrecher!) Der Oberbürgermeister erklärte es für Pflicht der Stadt, in der Streikzeit für Personenbeförderung zu sorgen und damit der Arbeiterbevölkerung zu helfen. Auch die Streikleitung der Straßenbahner habe

dieses Vorgehen als durchaus berechtigt anerkannt und nur eine Herabsetzung des Beförderungspreises gewünscht. — Jüngst kamt wurde einem dringlichen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der Magistrat solle Schritte bei den zuständigen Instanzen tun, daß die Brotstrafe schnellstens erloßt oder Mehl zum Selbstbacken an die Hausfrauen verteilt wird.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin, Bis Dienstag im 8., 11. und 19., bis Donnerstag im 8. bis 7., 16., 17., 18., 20., 21., 22., 184., 172., 265. und 266. und bis Freitag im 8., 12., 13., 14., 15., 23., 29., 177., 225. und 244. Brotkommissionsbezirk 125 Gramm Mehl. — 200 Gramm amerikanisches Roggenmehl (36) — 250 Gramm ausländische Weizenmehl (40). — 200 Gramm Hälfrüchte (50). — Abgabe vom 15. bis 17. Juli in den Geschäften abzugeben.

Lichtenberg. Eine erhöhte Beileerung mit Nährmitteln wird in der nächsten Zeit eintreten. Es ist aber unbedingt erforderlich, die Anmeldebücher genau einzubringen. Nachanmeldungen werden unter keinen Umständen stattfinden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Abt. Morgen, Mittwoch, 16. Juli, 7 Uhr abends: Unterhaltungabend (Gesang, Rezitation, Musik) in den Roland-Hallen, Hohe Str. 26. Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. Gäste willkommen.

9.—12. Abteilung. Wegen der ungewöhnlichen Witterung wird das Essen in der Kantine der hiesigen Abteilungen am Sonntag, den 20. Juli, verschoben. Die alten Eintrittskarten haben Gültigkeit.

21. Abt. Versammlung Mittwoch, 7 1/2 Uhr, bei Steffen, Landberger Allee 150, Vortrag über „Elandeviere“.

29. Abt. Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, bei Burg, Brenzlauer Allee 189: Zusammenkunft der Parteigenossen zur Besprechung über einen Ausflugs.

41. Abt. Versammlung morgen, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Arminiusstr., Bremer Str. 73. Ref.: Thuro.

46. Abt. Versammlung morgen, Mittwoch, 7 Uhr, Schulaula, Blankenburger Str. 16—19. Ref.: Palkoch.

Charlottenburg. Heute, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 4: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Heilmann: Nach Friedensschluss, Bahnerendangelegenheiten.

Nieder-Schöneberg. Morgen Mittwoch, 7 1/2 Uhr, im Lokal „Lorelei“, Berliner Str. 101. Ref.: Klink. „Der Parteitag in Weimar“.

Prederdorf (Ostbahn). Morgen 8 Uhr bei Gronsberg, Bahlabend. Vortrag: Was erwarten wir von den Gemeindevorständen? Freie Ausdrucksweise. Versteher.

Weddum. „Wir und die andere“ lautet das Thema, über das am Mittwoch, abends 8 Uhr im Konzerthaus der Genossen Heilmann, Berlin und Jahnke-Spandau referieren. — Bahlabend fällt aus.

Regis. 6. Bezirk, Rednerkursus (unentgeltlich). Beginn Freitag, 18. Juli, im Lokal von Gähler, Treptow 22, abends 8 Uhr. Weiter Genosse Bruno Lep. Neunwöchiger Lehrkursus. Alle Mitglieder (auch weibliche) werden aufgefordert, hieran teilzunehmen. — Donnerstag, 17. Juli, abends 8 Uhr, öffentliche Frauenversammlung im Gymnasium, Pflanzstr. Vortrag: „Das Recht und die Stellung der Frau“.

Jugendveranstaltungen.

Weihenice. Jugendheim Wöls. Fremdenabende 1. Heute abend im Jugendheim: Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung.

Vereine und Versammlungen.

Zentrale für Einigung der Sozialdemokratie, Bezirk Ores. Mitgliederversammlung morgen, Mittwoch, 7 Uhr, Gubener Str. 45: Vortrag über die Arbeit. Gäste willkommen.

Freie Hochschulgemeinde für Professore. Der englische Kursus findet während der Ferien Mittwoch von 7—9 Uhr statt.

Berichtszeitung.

Die die Tagungsblätter auf unklare Geister wirken können, sagte eine Anfrage wegen verfassungsmäßiger Erpressung durch Bedrohung mit Mord, die den Arbeiter Karl Niebe vor die Strafkammer führte. Der Angeklagte hat den Feldzug mitgemacht und ist als Offizier heimgekehrt. Er hat zugestanden, an den Kaufmann Max Behrend und den Kaufmann Leopold Kohareich zwei Erpresserbriefe geschrieben zu haben, in welchen diese aufgefordert wurden, zu einer bestimmten Abendstunde an einem bestimmten Ort am Friedrichshain ein genau vorgeschriebenes Paket mit 40 000 M. einem dort aufpassenden Mann abzugeben. Die Adressaten wurden „im eigenen Interesse“ dringend gewarnt, sich mit irgendeiner Behörde in Verbindung zu setzen, da dies den Adressaten den Tod bringen würde. Unentschieden waren die Briefe: Der politische Geheimbund. Es war noch hinzugefügt, daß andere Juden noch zahlen müssen, daß schon 400 000 M. zusammen seien und schon mehrere jüdische Herren sich bereit erklärt hätten, durch Zahlung von Geld Mitglieder des Bundes zu werden. Die Adressaten gingen, gefolgt von Polizeibeamten, mit den zurechtgemachten Paketen ohne Inhalt, den vorgeschriebenen Weg, der Erpresser ließ sich aber nicht sehen; er hatte wohl demerkt, daß die Post nicht rein war. Am nächsten Tage erschien dann der Angeklagte bei Kohareich und überreichte ihm persönlich einen Brief. In diesem wurde der Adressat aufgefordert, das Paket dem Liebedränger zu übergeben, da er ja gestern „Deckung“ gehabt habe. Auch dieser Brief war mit „Der politische Geheimbund“ unterzeichnet. Rummel konnte der Erpresser festgenommen werden. Der Angeklagte erklärte, daß er gar nicht mehr wisse, wie er zu der Tat gekommen sei. Er habe sich damals, als er gerade aus Russland heimgekehrt sei und keine Arbeit hatte, in sehr gedrückter Stimmung befunden. Da seien ihm die antisemitischen Flugblätter in die Hand gedrückt worden. Darin habe gestanden, daß diejenigen, die mit dem Inhalt einverstanden seien, sich bei einem der Unterzeichner, Josef Krauer in Schönberg, einfinden müßten. — Der psychiatrische Sachverständige Dr. Lepmann bestätigte dem Angeklagten, daß er an schwerer Hysterie leide; es sei durchaus glaubhaft, daß ein so gearteter Mensch durch solche Flugblätter und Bedrohungen zu einer derartigen Straftat verleitet werden konnte. Der Angeklagte sei als geistig minderwertig anzusehen. — Zwei Mitunterzeichner des Flugblattes als Zeugen vernommen; ihr Zeugnis, da sie sich strafbarer Handlungen begünstigt hätten, die Herren laufen frei herum. Ihr Opfer erhielt 1 Jahr Gefängnis.

Weiterbericht bis Mittwoch mittag: Heutlich kühl, veränderlich, überwiegend bewölkt, mit öfters wiederholten an der Küste vielwolkigen, im Binnenlande spärlicheren Regenfällen.



Der natürliche fächiger Mineralbrunnen ist eingetroffen und wieder erhältlich in allen einschlägigen Geschäften (Mineralwasser-Handlungen, Apotheken, Drogerien usw.), sowie durch die Versandstelle, Schöneberger Straße 16a. Fernsprecher: Amt Lützow Nummer 8260, 8261.



Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. z. sprechen Potsdamer Str. 115 (Lützowstr.), Langjähr. Erfah. Zuverläss. Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten- u. Verlassenschafts-Gesch. Verträge, Erbschaften. — Beobachtungen. Tel. Lützow 2494.

Zuckender Haut- ausföhlig m. wässrigen Bläschen und kleinen roten Quaddeln verschwinden in wenigen Tagen durch **Wundermittel** **Wundermittel** **Wundermittel**, das auch in hartnäckigsten Fällen vollkommen überführt. **Dr. Otto Heideck**, Berlin 43, C. C., Eichenstraße 4.

Mandoline, Laute. **Harmonica, Mandolin.** 45.—, 55.—, 65.—, 75.—, 85.—, 95.—, 105.—, 115.—, 125.—, 135.—, 145.—, 155.—, 165.—, 175.—, 185.—, 195.—, 205.—, 215.—, 225.—, 235.—, 245.—, 255.—, 265.—, 275.—, 285.—, 295.—, 305.—, 315.—, 325.—, 335.—, 345.—, 355.—, 365.—, 375.—, 385.—, 395.—, 405.—, 415.—, 425.—, 435.—, 445.—, 455.—, 465.—, 475.—, 485.—, 495.—, 505.—, 515.—, 525.—, 535.—, 545.—, 555.—, 565.—, 575.—, 585.—, 595.—, 605.—, 615.—, 625.—, 635.—, 645.—, 655.—, 665.—, 675.—, 685.—, 695.—, 705.—, 715.—, 725.—, 735.—, 745.—, 755.—, 765.—, 775.—, 785.—, 795.—, 805.—, 815.—, 825.—, 835.—, 845.—, 855.—, 865.—, 875.—, 885.—, 895.—, 905.—, 915.—, 925.—, 935.—, 945.—, 955.—, 965.—, 975.—, 985.—, 995.—, 1005.—, 1015.—, 1025.—, 1035.—, 1045.—, 1055.—, 1065.—, 1075.—, 1085.—, 1095.—, 1105.—, 1115.—, 1125.—, 1135.—, 1145.—, 1155.—, 1165.—, 1175.—, 1185.—, 1195.—, 1205.—, 1215.—, 1225.—, 1235.—, 1245.—, 1255.—, 1265.—, 1275.—, 1285.—, 1295.—, 1305.—, 1315.—, 1325.—, 1335.—, 1345.—, 1355.—, 1365.—, 1375.—, 1385.—, 1395.—, 1405.—, 1415.—, 1425.—, 1435.—, 1445.—, 1455.—, 1465.—, 1475.—, 1485.—, 1495.—, 1505.—, 1515.—, 1525.—, 1535.—, 1545.—, 1555.—, 1565.—, 1575.—, 1585.—, 1595.—, 1605.—, 1615.—, 1625.—, 1635.—, 1645.—, 1655.—, 1665.—, 1675.—, 1685.—, 1695.—, 1705.—, 1715.—, 1725.—, 1735.—, 1745.—, 1755.—, 1765.—, 1775.—, 1785.—, 1795.—, 1805.—, 1815.—, 1825.—, 1835.—, 1845.—, 1855.—, 1865.—, 1875.—, 1885.—, 1895.—, 1905.—, 1915.—, 1925.—, 1935.—, 1945.—, 1955.—, 1965.—, 1975.—, 1985.—, 1995.—, 2005.—, 2015.—, 2025.—, 2035.—, 2045.—, 2055.—, 2065.—, 2075.—, 2085.—, 2095.—, 2105.—, 2115.—, 2125.—, 2135.—, 2145.—, 2155.—, 2165.—, 2175.—, 2185.—, 2195.—, 2205.—, 2215.—, 2225.—, 2235.—, 2245.—, 2255.—, 2265.—, 2275.—, 2285.—, 2295.—, 2305.—, 2315.—, 2325.—, 2335.—, 2345.—, 2355.—, 2365.—, 2375.—, 2385.—, 2395.—, 2405.—, 2415.—, 2425.—, 2435.—, 2445.—, 2455.—, 2465.—, 2475.—, 2485.—, 2495.—, 2505.—, 2515.—, 2525.—, 2535.—, 2545.—, 2555.—, 2565.—, 2575.—, 2585.—, 2595.—, 2605.—, 2615.—, 2625.—, 2635.—, 2645.—, 2655.—, 2665.—, 2675.—, 2685.—, 2695.—, 2705.—, 2715.—, 2725.—, 2735.—, 2745.—, 2755.—, 2765.—, 2775.—, 2785.—, 2795.—, 2805.—, 2815.—, 2825.—, 2835.—, 2845.—, 2855.—, 2865.—, 2875.—, 2885.—, 2895.—, 2905.—, 2915.—, 2925.—, 2935.—, 2945.—, 2955.—, 2965.—, 2975.—, 2985.—, 2995.—, 3005.—, 3015.—, 3025.—, 3035.—, 3045.—, 3055.—, 3065.—, 3075.—, 3085.—, 3095.—, 3105.—, 3115.—, 3125.—, 3135.—, 3145.—, 3155.—, 3165.—, 3175.—, 3185.—, 3195.—, 3205.—, 3215.—, 3225.—, 3235.—, 3245.—, 3255.—, 3265.—, 3275.—, 3285.—, 3295.—, 3305.—, 3315.—, 3325.—, 3335.—, 3345.—, 3355.—, 3365.—, 3375.—, 3385.—, 3395.—, 3405.—, 3415.—, 3425.—, 3435.—, 3445.—, 3455.—, 3465.—, 3475.—, 3485.—, 3495.—, 3505.—, 3515.—, 3525.—, 3535.—, 3545.—, 3555.—, 3565.—, 3575.—, 3585.—, 3595.—, 3605.—, 3615.—, 3625.—, 3635.—, 3645.—, 3655.—, 3665.—, 3675.—, 3685.—, 3695.—, 3705.—, 3715.—, 3725.—, 3735.—, 3745.—, 3755.—, 3765.—, 3775.—, 3785.—, 3795.—, 3805.—, 3815.—, 3825.—, 3835.—, 3845.—, 3855.—, 3865.—, 3875.—, 3885.—, 3895.—, 3905.—, 3915.—, 3925.—, 3935.—, 3945.—, 3955.—, 3965.—, 3975.—, 3985.—, 3995.—, 4005.—, 4015.—, 4025.—, 4035.—, 4045.—, 4055.—, 4065.—, 4075.—, 4085.—, 4095.—, 4105.—, 4115.—, 4125.—, 4135.—, 4145.—, 4155.—, 4165.—, 4175.—, 4185.—, 4195.—, 4205.—, 4215.—, 4225.—, 4235.—, 4245.—, 4255.—, 4265.—, 4275.—, 4285.—, 4295.—, 4305.—, 4315.—, 4325.—, 4335.—, 4345.—, 4355.—, 4365.—, 4375.—, 4385.—, 4395.—, 4405.—, 4415.—, 4425.—, 4435.—, 4445.—, 4455.—, 4465.—, 4475.—, 4485.—, 4495.—, 4505.—, 4515.—, 4525.—, 4535.—, 4545.—, 4555.—, 4565.—, 4575.—, 4585.—, 4595.—, 4605.—, 4615.—, 4625.—, 4635.—, 4645.—, 4655.—, 4665.—, 4675.—, 4685.—, 4695.—, 4705.—, 4715.—, 4725.—, 4735.—, 4745.—, 4755.—, 4765.—, 4775.—, 4785.—, 4795.—, 4805.—, 4815.—, 4825.—, 4835.—, 4845.—, 4855.—, 4865.—, 4875.—, 4885.—, 4895.—, 4905.—, 4915.—, 4925.—, 4935.—, 4945.—, 4955.—, 4965.—, 4975.—, 4985.—, 4995.—, 5005.—, 5015.—, 5025.—, 5035.—, 5045.—, 5055.—, 5065.—, 5075.—, 5085.—, 5095.—, 5105.—, 5115.—, 5125.—, 5135.—, 5145.—, 5155.—, 5165.—, 5175.—, 5185.—, 5195.—, 5205.—, 5215.—, 5225.—, 5235.—, 5245.—, 5255.—, 5265.—, 5275.—, 5285.—, 5295.—, 5305.—, 5315.—, 5325.—, 5335.—, 5345.—, 5355.—, 5365.—, 5375.—, 5385.—, 5395.—, 5405.—, 5415.—, 5425.—, 5435.—, 5445.—, 5455.—, 5465.—, 5475.—, 5485.—, 5495.—, 5505.—, 5515.—, 5525.—, 5535.—, 5545.—, 5555.—, 5565.—, 5575.—, 5585.—, 5595.—, 5605.—, 5615.—, 5625.—, 5635.—, 5645.—, 5655.—, 5665.—, 5675.—, 5685.—, 5695.—, 5705.—, 5715.—, 5725.—, 5735.—, 5745.—, 5755.—, 5765.—, 5775.—, 5785.—, 5795.—, 5805.—, 5815.—, 5825.—, 5835.—, 5845.—, 5855.—, 5865.—, 5875.—, 5885.—, 5895.—, 5905.—, 5915.—, 5925.—, 5935.—, 5945.—, 5955.—, 5965.—, 5975.—, 5985.—, 5995.—, 6005.—, 6015.—, 6025.—, 6035.—, 6045.—, 6055.—, 6065.—, 6075.—, 6085.—, 6095.—, 6105.—, 6115.—, 6125.—, 6135.—, 6145.—, 6155.—, 6165.—, 6175.—, 6185.—, 6195.—, 6205.—, 6215.—, 6225.—, 6235.—, 6245.—, 6255.—, 6265.—, 6275.—, 6285.—, 6295.—, 6305.—, 6315.—, 6325.—, 6335.—, 6345.—, 6355.—, 6365.—, 6375.—, 6385.—, 6395.—, 6405.—, 6415.—, 6425.—, 6435.—, 6445.—, 6455.—, 6465.—, 6475.—, 6485.—, 6495.—, 6505.—, 6515.—, 6525.—, 6535.—, 6545.—, 6555.—, 6565.—, 6575.—, 6585.—, 6595.—, 6605.—, 6615.—, 6625.—, 6635.—, 6645.—, 6655.—, 6665.—, 6675.—, 6685.—, 6695.—, 6705.—, 6715.—, 6725.—, 6735.—, 6745.—, 6755.—, 6765.—, 6775.—, 6785.—, 6795.—, 6805.—, 6815.—, 6825.—, 6835.—, 6845.—, 6855.—, 6865.—, 6875.—, 6885.—, 6895.—, 6905.—, 6915.—, 6925.—, 6935.—, 6945.—, 6955.—, 6965.—, 6975.—, 6985.—, 6995.—, 7005.—, 7015.—, 7025.—, 7035.—, 7045.—, 7055.—, 7065.—, 7075.—, 7085.—, 7095.—, 7105.—, 7115.—, 7125.—, 7135.—, 7145.—, 7155.—, 7165.—, 7175.—, 7185.—, 7195.—, 7205.—, 7215.—, 7225.—, 7235.—, 7245.—, 7255.—, 7265.—, 7275.—, 7285.—, 7295.—, 7305.—, 7315.—, 7325.—, 7335.—, 7345.—, 7355.—, 7365.—, 7375.—, 7385.—, 7395.—, 7405.—, 7415.—, 7425.—, 7435.—, 7445.—, 7455.—, 7465.—, 7475.—, 7485.—, 7495.—, 7505.—, 7515.—, 7525.—, 7535.—, 7545.—, 7555.—, 7565.—, 7575.—, 7585.—, 7595.—,

Weinbrand Cognac

Marke

"Goldstück"

Jacob Stück Nachfolger Hanau

Cognacbrennereien



Lesing-Theater
Sommerspiel: H. Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher!
8 Uhr: Charleys Tante.
Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Adalbert in:
Die Butschbahn.

Königgrätzerstraße
1/8 Uhr: Der Häuptling.

Komödienhaus
Lucie Höflich u. Ludw. Hartau
8: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater
1/8 Uhr: Die tolle Komtesse.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Die Fledermaus.

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Der Fias

Kleines Theater.
7 1/2 Uhr:

Intern. Baum der Erkenntnis
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Luftspielhaus
7 1/2 Uhr: So ein Mädel.

Metropol-Theater.
7 Uhr 20: Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus.
7 1/2 Uhr: Die Dame vom Zirkus.

Palast-Theater
7 1/2 Uhr: Weinende Erben.

Oper. in 3 Akt v. R. Danziger.
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Jungler Sonnenschein

Th. am Neuenhofplatz
7 1/2 Uhr: Die Puppe.

Theater d. Friedrichstadt
8 Uhr: So eine Frechheit.

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Frau des Debutanten.

APOLLO
Friedrichstraße 218
Dir. James Klein
7 1/2 Uhr Sonntag 7 1/2
Letzter Gast-
spiel-Monat
der Gesellschaft
Anton

Herrnfeld
mit der neuesten
Schlager-Burleske
Nur nicht
schießen

Verb. Spezialitäten!
Sonnt. 3. u. d. Erwachs.
1 Kind frei!

METROPOL
KABARETT
BEHRENSTR. 54

BRAUNES
DIELE
ALEXANDERSTR. 53

Fritz Berger und
Mina Revellly
im Duett
Dr. Allos
Paul Coradini
Eva Waritz
Cont. Willi Horwitz
Am Flügel: Sawado

DICHTER SCHLACHT
Steinitz gegen Försler

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Täglich 7 1/2 Uhr:

Der heilige Florian.
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr:
Auch ich war ein Jüngling ...
(Schwank).

Kammerspieler.
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin in:
Das Weib u. der Hampelmann.

Theater des Westens
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Mia Werber und Hans Wass-
mann in Die Geisha.

Mittwoch 200. Aufführung in
der Neuenstudierung.
2000. Auftreten Mia Weber
als Mimosa.

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927.2391
Tägl. 8 U. Heute z. 310. Male:

Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:

Johannistener.

National-Theater
8 Uhr Sturm. Erfolg 8 Uhr

Famille Hannemann.

Rose-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
O schöne Zeit, o selbige Zeit

7 1/2 Uhr Gartenbühne:
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.

Voigt-Theater
Bobstraße 88. 7 1/2 Uhr:

Frühlingsluft.

Variété-Vorstellung.
Eröffnung 8 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Jed. Mittw. 8 Uhr. Sonnt. 8 Uhr.

Residenz-Theater.
Untergrund. Klosterstraße.
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr. Zum 185. Male:

Das höhere Leben.

Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

Luisen-Theater.
7 1/2 Uhr: Wenn Frauen lieben

Sonnt. 3. einmal. Aufführung

Der Hüttenbesitzer.
Täglich abends 7 1/2

Wenn Frauen lieben.

Berliner Prater
79 Rahnenstraße 7/8.
Täglich:

12 Variété-Attraktionen

Ball.
In der Tanz-
Diele täglich:
Anfang 8 1/2 Uhr.

Admirals-Palast.
Internation.
Ringkämpfe
um den Preis der
Deutschen Republik.
Anfang 8 Uhr.

Admirals-Kino.
Die Schuld
mit Henny Porten.

Theater a. Kottbus-Thor
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Stille-Sänger
9 ehem. Mitgl. der
Stettiner Sänger

Humor. Spielplan
Sommerspreise!
Blüthen-Konzert!

BRAUNES
DIELE
ALEXANDERSTR. 53

Fritz Berger und
Mina Revellly
im Duett
Dr. Allos
Paul Coradini
Eva Waritz
Cont. Willi Horwitz
Am Flügel: Sawado

DICHTER SCHLACHT
Steinitz gegen Försler

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:

Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!

Reichshall-Theater
Gastspiel d. berühmten
Dresdener
Victoria-Säng.
2000. neues
Programm.
1. 8. Wieder-
auftreten d. Stettiner Sänger.

BTL

Potsdamer Str. 35

Henny Porten
im Drama

Die Schuld.

Turmstr. 12

Die Finsternis
und ihr

Eigentum.

Friedenau, Rheinstr. 14

Anders
als die Andern.

Alexanderplatz-Passage.

Bruno Kastnen
Zwischen zwei Welten.

Vergnügungspalast
Schloßbr. Schöneberg
Gauptstr. 122/123.

Entscheidungstanz
und Extraprämie

M. 500,—

Naher - Öhrerufen
gegen Winter - Witen.
Dieser Kampf geht bis zur
Entscheidung.

Entscheidungstanz

Mohrmann-Berlin geg.
Radke-Charlottenburg.

Außerdem ringen:
Hintze - Berlin gegen
Jackson - Tullerlin.

Ankauf
von
guten Antiquitäten

ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 a.

Ankauf
von
Juwelen

zum heutigen hohen Kurs

Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanzlerstr. 9.

Ziehung 8. u. 9. Aug. 1919

Geldlotterie
Zur Bekämpfung d. Tuberkulose
3702 Goldgr. Bar ohne Abr. M.

125000

60000

20000

Einmal auch mit Rückkäufe
für Porto u.
Liste 50 Pf.
mitinsend.

Emil Stiller Bank-
haus
Hamburg, Holzdamm 38.
••••• raschentscheid. Bestätigung

Trotz
Verbot
200000
Auflage
Achtung! Inserat Donnerstag!

J. C. Lotta'sche Buchhandlung Nachf.
Stuttgart und Berlin

Zum 100. Geburtstag
Gottfried Kellers
Billige Einzelausgaben:
Sieben Legenden. Miniatur-Ausgabe
Gebunden M. 5.—
Romeo und Julia auf dem Dorfe
Erzählung. Miniatur-Ausg. Geb. M. 5.—
Aus der Lotta'schen Handbibliothek:
Hadlaub. Erzählung. 90 Pf.
Die drei gerechten Kammmacher
Erzählung. 50 Pf.
Pantroz der Schmoller
Erzählung. 50 Pf.
Romeo und Julia auf dem Dorfe
Erzählung. 70 Pf.
Ausgewählte Gedichte. Herausgegeben
von Adolf Frey. M. 1.30

Neuester Roman der Verfasserin von Lilli und
Lillis Ehe. Jo ante Marés.

Das große Unrecht
Aufzeichnungen eines Frauenarztes
Preis gebettet M. 11, vornehm geb. M. 13,20.
Die Verfasserin berührt in ihrem neuen
Roman das Problem des großen Unrechts
der Gesetzte und der Gesellschaft gegen
das Fräulein Mutter. Sie schildert gleich-
zeitig die sich daraus ergebenden Ge-
senshöte u. Anfechtungen des Frauenarztes.
Zu beziehen durch:
Vogler & Co., Berlin W 9
Köthener Straße 27. Abteilung 9.

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben, in Bivitalumarbeiten
in schwarz, braun, blau, grün, in 3 Tagen sowie
Wenden, Umarbeiten, Umarbeiten
von Herren- und Damengarderoben in 3 Tagen.
Stoffneuhheiten. Stoffausstellung.
Außerdem wird jeder Artikel in 3 Tagen gefärbt.
Original-Englische Stoff-Bausucht.
Teuererleben in 48 Stunden.
Basch & Buczkowski, Friedrichstraße 63 I.

Säle
für Vereine und Gewerkschaften zu Ver-
sammlungen und Festlichkeiten zu vergeb-
lich. **Königstadt-Kaffee, Holzmarktstr. 22**
Teleph. Alexander 424 u. 2540.

Spanische
Toilette- und hochproz. Kernseifen
in Qualität und Preis konkurrenzlos.
Jedes Quantum per Postnachnahme ins
unbesetzte Gebiet. — Nur spanische Seife
dort von hier verschickt werden. 383D
G. H. GIERLICH'S, Parfümerie
Schlödergasse 70 CÖLN Schlödergasse 70

TERAS
hauereime
Max
Schwarzlose
BERLIN
Wenig hilft viel

„Lacka“
die neue Farb-Bohnermasse

Seit „Lacka“ kam in unser Haus,
komm ich auch ohne Maler aus!

„Lacka“
die neue Farbbohnermasse
färbt und bohnt zugleich.
Jedermann sein eigener Maler.
Keine abgetretenen, rauhen, unansehnlichen
Fußböden mehr. Bei dem jetzigen Mangel an
Ölen und Lacken ein
Riesenschlager
für alle einschlägigen Geschäfte.
Ladenpreis: 1-Pfund-Dose Mk. 6,—
Alleinige Hersteller:
Kenkel & Co., Hannover
Fabrik chem.-tech. Produkte
Abteilung Fußbodenpräparate.
Verkauf nur an Händler.
Vertrieb u. Lager: Alfred Kampmann,
Berlin C 2, Burgstraße 28.
Fernsprecher: Norden 9021—39.

Photo-Apparate
Objektive Mikroskops
kauft und verkauft
Gg. Leifegang
Berlin
Potsdamerstr. 138
Fauentriest. 12
Schloß-Platz 4

Brillanten
Berlin
Brillanten
Juwelen
kauft zu
hohen Preisen
Bohlmannstr., Friedrichstr. 155, 6de Hofe d. Cluden
gegenüb. d. Victoria-Golt. Zentrum 1060

Ziehung 19. Juli
Berliner Lotterie
i. d. Pestalozzi-Prübehaus
Gesamt- und Hauptgew. M.
50000
10000
5000
Lose 3.—
10 L. m. Po. 10 u. Liste 30 M.
empfeh. u. vers. a. Nachnah.
Emil Haase & Co.,
Berlin 21, Bredowstr. 9
und in unseren Filialen.

Pumpen
für jeden Zweck und
Größe, kleinsten Hand-
pumpen zum Selbst-
aufstellen nach kosten-
losen Anleitung.
fachmann. Kai.
Altes Spezialhaus
Viele Anerkennungen.
Carl Köchlin & Co.,
Berlin SW 68,
Alte Jakobstr. 20/22

1 Bandsäge
ganz aus Eisen, 700 mm-Rollen.
1 Defolierfäge
Untergesell ganz aus Eisen.
Größe 800 x 800 mm, hat
preiswert abzugeben
Andreas Plum,
Berlin, Rönninger Straße 92.
Fernspr. Köpenick 10820.

Leder-
Möbel-
Fabrik

verkauft direkt
ohne Zwischenhandel
Klubsessel
und **Leder-Sofas**
in pr. garant. echt. Leder
zu billigen Preisen.
Curt Roeder
Innungmeister
Berlin SO 26
Oranienstr. 25.

Strasenhändler
Berlins gangbarster Wrt.
ist. gef. Offert. unter
J. P. 9498 an Rudolf
Mosse, Berlin SW 19.

Strasenhändler
erhalten einen völlig neuen u.
glänz. 36. Pf. - Parfümartikel.
Von P. 1/2 - 3, Holzmarktstr. 21.
Hofaufgang rechts. (Färber-
hofe). 3082

Kochherde
für Haushaltungen, trans-
portable Kachelöfen, eisene
Ofen, Gaskocher, Gold-
schmelz, vers. und räuml.
Lieferung vom Lager
F. H. Max Lademann
G. m. b. H.,
Seydelstraße 12/13.

Blüthenpiano
Schwächen, Mann, Gde. Schied-
mayer. Ausmaß erstklassiger
Instrumente. Konzert-
Klavier.
Zerwickstein,
trogen. braunes Gehäuse.
Reinigung. Höhe 175 cm.
Kauf, Preisstr. 54, 6345

